



ECOtrinova-Nachrichten Ecotrinova

Infodienst für Ökologie, nachhaltiges Wirtschaften, Region und Oberrhein-Gebiet D-F-CH
Nr. 1-2006 Februar - März Doppelheft

Für die Zukunftsregion ECOvalley Oberrhein kompakt + verständlich

- *-> **Spitzen-Notizen:** Interview Adrien ZELLER 1
- *-> **Trinationales (9)** 10.Dreiländerkongress-Erklärung 3
- *10 Thesen Zukunft des Oberrheins. Metropolregion/
Gutachten Oberrheinkonferenz, D-F Wirtschaftsclub,
Medienkooperation; Was wollen die Bürger, 5
Nachhaltiges Planen & Bauen am Oberrhein 6
- > **Eurodistrikte (7):** Strasbourg/Ortenau; Basel trinat. 6
- > **Umwelt am Oberrhein (8)** Rheinau/Gamsheim: 6
Fischpaß/Touristen; Müllverbr. Strasbourg/Mulhouse
Elsass: Chemie-Netzwerk, IfuL integriert 7
- > **Energiewende Oberrhein (8):**
- * Waldshut: 1. deutsche Passivhausschule 7
- * **Elsass:** Kleinstädte-Netzwerk, Pilotregion Energie- 8
sparen; Hochschule/Energie, Holzenergie, ECOgîtes/
Ökotourismus, Strasbourg/CUS; Franzosen für Windkraft
- * **Geothermie (3):** Trinat. Konferenz, Beinheim/ 9
Elsass, Landau, Bellheim, BW-Förderung,
Windkraft und Fledermäuse: Studie, Kommentare 10
- Atomenergie** Atommüll CH-Benken: LNV B-W, 11
Plakat; AKW Fessenheim UN-Siegel? AKW-Nebel
- *-> **Förderprogramme (9)** PUSEMOR, Interreg I-III 12
- > **EU und Umwelt (6) & Chemie und Umwelt** 13
- * REACH-Studien EU-Kommiss./Gewerkschaft,
Babies giftig gewickelt
- *-> **Landwirtschaft – Gentechnik (7)** 14
Région Alsace pro Biolandbau, Elsass-Studie, Generbsen:
Feldmäuse krank, Genmais-Risiko, Online gegen
Gentech. Monsanto-Terminator, Hipp gegen Gentech-
Babynahrung, Rumänien: Gensoja außer Kontrolle,
gentechfreie Regionen, wo wächst Genmais?
- > **Blick über den Zaun:** 16
- Energie-Klimaschutz** EU-Energiepass, Umweltinfor-
mationsgesetz, D-EU: erneuerbare Energien 2020/2025,
Atomausstieg kompensiert, Halbzeit Energiewende, 17
Baugesetzbuch., APUG Umwelt und Gesundheit; 18
Umweltprüfsteine, 100 Tage große Koalition/Umwelt,
Ökoprotit-Unternehmen 19
- Elektrosmog/Strahlen** Mobilfunk, Tschernobylfolgen
- Ökotech (6)** EcoTopTen 5: Effizient Kochen/Backen
Passivhäuser aktuell 19
- > **Gratulationen (8)** Daniel Hoeffel, Dr. V. Wittwer,
Dr. R. Rechsteiner 20
- > **Oberrhein-Termine (9)** 20
- > **ECOtrinova e.V., Impressum** 21
- > **Mitgliedschaft, Abo:** Preise für 2006 22

Sehr geehrte Leserinnen und Leser:

Kompakt und verständlich erhalten Sie in unserer 9. Ausgabe Kurzinfos, Termine und Hintergrund-Infos für Ihre Arbeit. Auf die im Inhaltsverzeichnis mit * bezeichneten Artikel möchten wir Sie **besonders aufmerksam** machen: ob Zukunft des Oberrhein-Raumes, Dreiländerkongress, Berichte zum Elsass, dazu auch das ECOvalley-Interview mit Präsident Zeller, ob Geothermie, Gentechnik, Ökotech, Energiewende oder Förderprogramme: Wir, Mitgliedsvereinigungen und Mitglieder von ECOtrinova möchten mit diesem seit 2004 bestehenden **Infodienst zur zukunfts-fähigen Entwicklung** des Oberrhein-Gebiets beitragen. Mit nachhaltigen Grüßen, Ihr Dr. Georg Löser

Der Oberrhein, das Elsass und das ECOvalley Oberrhein

Interview mit Adrien ZELLER, Präsident des elsässischen Regionalrats



Adrien ZELLER, Präsident des elsässischen Regionalrats, gibt beim 10. Dreiländerkongress in Freiburg das Thema des 11. Kongresses bekannt. Foto: G. Löser.

Frage: Herr Präsident Zeller, vor bald 3 Jahren am 6.6.2003 bei der Eröffnungs-Konferenz des Interreg -IIIA-Projekts "Nachhaltiges Planen und Bauen am Oberrhein" in Strasbourg sagten Sie bei wärmstem Beifall des großen Publikums, Ihr persönlicher Traum als Politiker sei ein ECOvalley Oberrhein, ähnlich wie ein Silicon-Valley, aber zur nachhaltigen Entwicklung, also ökonomisch, ökologisch und sozial.

ZELLER: Ja, ja das stimmt.

Frage: Nun sagen einige daran ebenfalls interessierte Elsässer darauf angesprochen, ils disent, ils disent, d.h. sie, die Politiker reden und reden.

ZELLER: Nun, es geht zwar immer noch zu langsam voran, aber es geht voran in allen Bereichen. Schauen Sie, das Transportwesen, wir haben die regionalen Bahnverbindungen etwa zwischen Offenburg über Strasbourg zum Saarland verbessert und dafür mit Unterstützung der EU moderne attraktive Züge beschafft. Auch gibt es mittlerweile um Mitternacht eine Zugverbindung von Strasbourg zurück zur badischen Seite. Die Verbesserungen für Freiburg-Mulhouse und Colmar-Freiburg sind mit EU-Interreg-Mitteln untersucht und werden nun konkret, wenn auch Schritt für Schritt angegangen. Auch im Inneren des Elsaß werden Bahnverbindungen verbessert oder ausgebaut, so in den Vogesentälern. Ich nenne die Trams in Strasbourg und ganz neu in Mulhouse und Umgebung. Und die schnellen TGVs, die den Luftverkehr teilweise ersetzen, für die wir uns sehr eingesetzt haben und die wir gut mit den regionalen und lokalen Verbindungen verknüpfen wollen, sie kommen bald von Paris und aus dem Rhonetal ins Elsaß. Und wir hoffen sehr, auch weiter nach Baden-Württemberg und in die Schweiz. Das baut Hemmnisse ab für die Menschen.

Frage: Das hört sich positiv an, aber wie sieht es aus mit der Bildung der Menschen für die nachhaltige Entwicklung?

ZELLER: Hier haben wir im Bereich der Umwelt ein wichtiges und schönes Programm. Von 2003- 2006 fördert unsere Umweltdirektion DAFTE zusammen mit den Departements im ganzen Elsaß Umwelt- und Naturschutzerziehung im großen Stil, vor allem für Schulen. Es geht um Wasser- und Luftqualität, Naturschutz, Biodiversität und Landschaft und Lebensqualität als Ökoverbraucher, bei uns heißt das Eco-consommateur. Wir kooperieren hierbei mit dem elsässischen Umweltbildungsnetzwerk ARIENA und zahlreichen Umweltbildungszentren.

Frage: Gibt es denn auch im Energiebereich, z.B. für den Klimaschutz Fortschritte ? Und kann man mit elsässischen Politikern nachbarlich über Energie-Fragen reden?

ZELLER: Ja, natürlich, wir sind sehr interessiert am Gedankenaustausch im Oberrheingebiet und haben selber einiges gestartet. Nach dem Informations-Programm FEDER zu erneuerbaren Energien haben wir ebenfalls mit EU-Hilfe, hier aus Interreg IIIC, und mit der Energieagentur ADEME unser Förderprogramm EnergiVie mit innovativen Aktionen durchführen können. Hier gab es die Schulung von Fachleuten und Gebietskörperschaften, aber auch die Beratung und Förderung von zahlreichen neuen Solarwärmeanlagen und Holzenergie-Heizungen für Hausbesitzer, für andere Private, Schulen und Kommunen. Die Région, die Kommunen, die Parcs Régionaux Naturels in den Vogesen, die lokale Energieagentur ALME in Mulhouse und z.B. der Verein Alter Alsace Energies aus Lutterbach haben sich dazu sehr engagiert. In Bennwihr haben wir eine Holzpelletfabrik unterstützt. Wir sind in diesen Bereichen Pionierregion in Frankreich.

EnergiVie soll nun fortgesetzt werden auch mit Energieeinsparung als Thema. Weitere Ansatzpunkte ergeben sich aus der großen elsässischen Studie zu Energie-Perspektiven bis 2020. Und jetzt haben wir uns mit dem Land Baden-Württemberg zusammengesetzt, um die geothermische Energie voranzubringen.

Frage: Stimmt es, dass Sie 2005 bei der Einweihung des neuen Maison de la Région in Strasbourg, dem Sitz der Région Alsace, hauptsächlich über erneuerbare Energien vorgetragen haben?

ZELLER: Ja, ja, das war eine wichtige gute Gelegenheit. Es waren über 300 gewählte Politikerinnen und Politiker anwesend. Ich habe diesen vermitteln wollen, viel mehr als bisher zu tun. Wir haben ja auch selber auf dem neuen Gebäude vorbildlich eine Solaranlage errichtet und einige Energiespartechniken eingesetzt, z.B. sehr heizenergiesparende Verglasung und Überhitzungsschutz für den Sommer. (...)

Frage: Herr Zeller, auf der deutschen Seite klagt man häufig über die leeren öffentlichen Kassen. Wäre es nicht bedauerlich, wenn Projekt-Ideen für ein ECOvalley am Oberrhein, sei es aus der Politik und Verwaltung, aus Wirtschaft und Bildung, in Eurodistrikten oder auch aus der Bürgerschaft am Geld, an fehlenden Zuschüssen aus der Oberrheinregion scheitern? Zumal wenn die EU mit Interreg ab 2007 weniger Geld gibt und engere Förderkriterien haben wird?

ZELLER: Ecovalley ist nicht auf ein Projekt zu reduzieren, sondern das ist ein Entwicklungsweg und Konzept. Wir im Elsaß sehen das mit dem Geld positiver, nämlich so: Eine gute Idee wird, wenn nicht immer gleich, so doch früher oder später ihre Finanzierung finden. Ideenträger sind uns willkommen. Wir helfen mit, für gute Ideen die Finanzierung zu finden, das gilt auch für grenzüberschreitende Vorhaben. Das habe ich meinen Kollegen aus Baden, Rheinland-Pfalz und Basel jüngst beim 10. Dreiländerkongress in Freiburg i.Br. auch so erklärt.

Herr Zeller, wir danken Ihnen herzlich für das Gespräch und wünschen weiter viel Erfolg.

Die Fragen stellte Georg Löser

Trinational am Oberrhein (9)

10. Dreiländerkongress

Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa

9. Februar 2006 in Freiburg i. Br.

Hier einige Ergebnis-Broschüren, die Kongress-Erklärung und 10 Thesen zur Zukunft des Oberrhein-Gebietes:

* Broschüre „Berichte der Arbeitsgruppen“. „Rapports des groupes de travail“: (38 S. jeweils D oder F)

AG 1 Zukunft der grenzüberschr. Zusammenarbeit
AG 2 Wirtschafts- und Tourismusregion Oberrhein,
AG 3 Wissenschaft/Innovation/Bildung: Wege zur

lernenden Region. und Forum Junior 2005

* **Kongressmagazin / Revue du congrès** (22 S. jew. D und F) mit Darstellung einiger Projekten und Initiativen.

Hrsg: jew. Regierungspräsidium Freiburg, www.rp-freiburg.de
SGZ@rp.bwl.de, **Info:** www.oberrheinkonferenz.org

Eine ausserhalb der Oberrheinkonferenz erstellte Schrift:

* **Eine Strategie für den Oberrhein. Pour une stratégie économique du Rhin Supérieur:** Verkehr, Ausbildung, Informations- und Kommunikationstechnologie, Life Science, Tourismus, Gesundheit, Standortförderung. zweisprachige Broschüre 2 x ca. 36 Seiten.

Hrsg. die IHKs am südl. Oberrhein/Hochrhein, CRCI/CCIs im Elsaß, HK beider Basel. Januar 2006, Verantw. Dr. Norbert Euba, IHK Südlicher Oberrhein, Freiburg und François Friehe.

Kommentar: sehr lesenswert, aber es fehlen bei der Strategie u.a.: die Umwelt, der Klimaschutz, der Risikoabbau für Mensch und Natur, die Ressourceneffizienz, der Weg weg von fossilen und nuklearen Energien, das Soziale. Die erneuerbaren Energien und die übrige Zivilgesellschaft sind immerhin im folgenden Bericht von Dr. Clev thematisiert. Doch zunächst die (gestraffte) gemeinsame offizielle Erklärung:

GEMEINSAME ERKLÄRUNG 10. DREILÄNDER-KONGRESS

(für unsere Leser redaktionell gekürzt)

I. Zukunft denken,, planen, gestalten. Der Oberrhein im erweiterten Europa - Das gemeinsame Ziel

(...) Die Unterzeichner erklären die gemeinsame Entwicklung und Stärkung des Oberrheinraumes und dessen gemeinsame Positionierung in Europa zum **Leitziel** für ihre künftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Unter dieser Zielsetzung streben sie eine (..) **Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** (..) an. Sie wollen den inneren Zusammenhalt der Oberrheinregion deutlich stärken (...) etwa in den Bereichen **wissenschaftliche / technologische Innovation und nachhaltige Entwicklung** (...)

Sie befürworten und unterstützen die **Öffnung der Oberrheinregion** für einen gegenseitigen Austausch, die Zusammenarbeit und den Wettbewerb mit anderen europäischen Regionen und Grenzregionen, namentlich der neuen EU Mitgliedstaaten in **Mittel- und Osteuropa**.

Sie fordern alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte im (..) Oberrheinraum auf, (...) zur Verwirklichung des gemeinsamen Leitzieles beizutragen.

II. Die ersten konkreten Schritte

(...) In den kommenden Monaten verständigen sich die Unterzeichner im Rahmen der Oberrheinkonferenz und mit weiteren Partnern über den (..) gemeinsamen **Handlungsbedarf und die Zukunftsstrategien für prioritäre Kooperationsbereiche** und -ziele.

Dabei soll insbesondere die Profilierung (..) als (..) **Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsraum** sowie als trinationale **Tourismusdestination** berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Oberrheinkonferenz ersucht, die **Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kommunen und die Zivilgesellschaft** stärker in den begonnenen Zukunftsprozess **einzubeziehen** (...)

Zur Entwicklung der gemeinsamen Strategie und ihrer Reflektion laden die Unterzeichner abwechselnd einmal jährlich **Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft** zu informellen Strategiegelgesprächen auf höchster Ebene ein.

(...) **Förderschwerpunkte** und Kriterien vorrangig auf das gemeinsame Leitziel ausrichten.

(...) neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel-/Osteuropa. (...)

III. Zukunftsprojekte als Wegmarken

* **Leitbild Oberrhein 2007-2013**

Die (...) angestrebte Neuausrichtung und Optimierung (..) sowie die Konzentration auf Kernziele soll innerhalb der nächsten Monate abgeschlossen und künftig auf der Basis eines bis dahin zu entwickelnden **Leitbildes für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit** am Oberrhein im erweiterten Europa umgesetzt werden.

* **Gemeinsamer Kooperationsfonds** (...) prüfen (...)

* **Dachmarketing Oberrhein** (...), die Attraktivität des Oberrheins insbes. als Wirtschafts-, Innovations-, Bildungs- /Tourismusstandort gemeinsam kommunizieren.

* **Hochschul- und Forschungsverbund Oberrhein**

(...) Initiativen auszubauen und neue geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

* **Kooperationsnetzwerk mit den neuen EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa** (...)

(...) auf der Grundlage der bereits bei den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (und) im Bereich der Wirtschaft und Hochschulen bestehenden Verbindungen und Kontakte (...)

unterzeichnet von Vertretern der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura, des Französischen Staates, der Région Alsace, der Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin, Freiburg i.Br., 9.2.2006

Dr. Hans-Günther Clev. 9.2.2006 (Auszug *)

10 Thesen zur Zukunft des Oberrheins im erweiterten Europa

vorgetragen beim 10. Dreiländerkongress

(1) • **Wenn wir als Standort Oberrhein in Europa und weltweit bestehen wollen..., dann müssen wir gemeinsam handeln.** (...) *Nur gemeinsam erreichen sie jene „kritische Masse“ an Bevölkerung, Wirtschaftskraft, Spitzenfunktionen und Infrastrukturqualitäten, die es ihnen ermöglicht, sich international herauszuheben und im scharfen globalen Wettbewerb zu bestehen.*

(2) • Wenn das gemeinsame Handeln als unerlässlich erkannt wird..., dann setzt seine Umsetzung gemeinsame Ziele und eine abgestimmte Zukunftsstrategie voraus. (...), werden die zentralen Zukunftsfragen, so insbesondere „Welche Antwort geben wir auf die sich abzeichnenden Herausforderungen (z.B. Demografie, Wissensgesellschaft...)?“ und „Welche Zukunft wollen wir für unsere Kinder?“ an Bedeutung gewinnen. (...)

(3) • Wenn gemeinsame Ziele unverwechselbar und Identität stiftend sein sollen..., dann müssen sie spezifisch sein und an vorhandene Stärken anknüpfen.

Bezogen auf den Standort Oberrhein (...) folgende Sektoren (a) und Standortfaktoren (b) (...):

a) – Life Science, - Zukunftsmedizin / Mediz.technik

- Innovation im Fahrzeugbau

- erneuerbare Energien

- I.T./T.I.C.

b) - Lebensqualität

- Kulturlandschaft / Städtenetz in Gartenlandschaft

- Mehrsprachigkeit

- 30 Jahre Kooperationserfahrung

- Nähe / gute Erreichbarkeit

- Hochschul-/Forsch.landschaft., hohes Ausbild.niveau

- innovativer und flexibler Mittelstand

- grenzüberschreitender Arbeitsmarkt

(4) • Wenn eine wesentliche Chance für Industrienationen im globalen Wettbewerb darin besteht, weltweit spezifische Lösungen und Produkte anbieten zu können..., dann ist eine besonders breite Erfahrungs-, Modell- und Lösungsvielfalt eine Schlüsselkompetenz, die erhalten bzw. genutzt werden sollte. Wir sollten daher unsere besondere trinationale und multiregionale Vielfalt als Stärke nutzen und als Alleinstellungsmerkmal herausstellen.

(5) • Wenn wir auch in Zukunft zu den innovativsten Kooperationsräumen in Europa zählen wollen..., dann ist ein qualitativer Sprung in der Kooperation unerlässlich. (...) Dies erfordert es, nicht nur grenzbedingte Hemmnisse zu überwinden, sondern das gemeinsame Handeln und die gemeinsame Wahrnehmung von Chancen in den Vordergrund zu stellen. (...) Zu den innovativsten Kooperationsräumen zu gehören ist (...) der beste Garant, um (...) in den Augen der EU als „Leuchtturmregion“ als förderwürdig angesehen zu werden.

(6) • Wenn das gemeinsame Handeln von Erfolg gekrönt werden soll..., dann müssen in Zukunft alle Kräfte aus der Region in die Kooperation mit einbezogen werden. Die v.a. von Politik und Verwaltung ausgehende Kooperation stößt an ihre Grenzen (...).

Insbesondere die Wirtschaft, Wissenschaft, die Kommunen und die Zivilgesellschaft insgesamt müssen hierfür verstärkt einbezogen und mobilisiert werden. Ohne die Bürger, die primären Adressaten der grenzüberschreitende Zusammenarbeit, verstärkt einzubeziehen, wird dieses Ziel nicht erreichbar sein.

(7) • Wenn eine breitere Kooperationsbasis für neue Aufgaben benötigt wird..., dann muss die Kooperation in ihren zukunftsweisenden Funktionen gemeinsam finanziert, klarer strukturiert, effizienter und transparenter und damit für bisherige und künftig einzubeziehende Akteure attraktiver werden. Die Aufgaben,(...) müssen hierzu einvernehmlich nach dem Subsidiaritätsprinzip auf die jeweiligen Kooperationsebenen verteilt werden (...)

- gesamtoberrheinische Entscheidungsebene,

- eine oberrheinweite, profess. Arbeitsebene (Agenturen)

- und für die bürgernahen und kommunalbezogenen Aufgaben eine teilräumliche Ebene (...z.B. als Regios, Eurodistrikte etc.) (...).Eine gemeinsame Finanzierungsstruktur für die anstehenden Zukunftsaufgaben ist dabei ein Schlüsselement (...)

(8)• Wenn die Kooperation am Oberrhein schneller, unkomplizierter, flexibler und klarer auf Schwerpunkte ausgerichtet werden soll..., dann muss sie von Aufgaben entlastet werden, die auch ohne Beteiligung aller Partner erledigt werden können. (...)

Hierzu zählen auch Kooperationen mit gesamtober-rheinischem Charakter, aber nur selektiver Beteiligung innerhalb der jeweiligen Teilräume, so z.B. Städtenetze, bestimmte Forschungsverbände etc.

(9)• Wenn das bisherige Bemühen um die Überwindung von Grenzen innerhalb Europas nachhaltig sein soll..., dann dürfen durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum einen keine neuen Grenzen gezogen werden und zum anderen müssen die gewonnenen Erkenntnisse solidarisch und partnerschaftlich neuen Grenzräumen in der erweiterten EU zur Verfügung gestellt werden.

(10) • Wenn viele der verbleibenden grenzbedingten Hemmnisse überwunden werden sollen..., dann kann dies nur gelingen, wenn die Stimme des Oberrheins in den Hauptstädten, in Brüssel und Straßburg gehört wird. Wesentliche Regelungsbefugnisse, so z.B. im Bereich von Steuern, Renten und des Gesundheitswesens sind der jeweiligen gesamtstaatlichen Ebene vorbehalten. (...) Ein gemeinsames, solidarisches Auftreten nach „Außen“ kann auch identitätsstiftend nach innen wirken und somit die Kooperationsbasis stärken.

* vollst. Fassung: www.rp-freiburg.de: Dreiländerkongress

Gemeinsam stark am Oberrhein - gemeinsam stark in Europa Gutachten der Oberrheinkonferenz

„Die Europäische Region Oberrhein soll sich als trinationaler Raum selbstbewusst in Europa positionieren“. so Landräte und Oberbürgermeister der Oberzentren sowie Vertreter der badischen Regionalverbände am 12.01.2006 in Offenburg zusammen mit den Regierungspräsidenten Dr. Rudolf Kühner (Karlsruhe) und Dr. Sven von Ungern-Sternberg, Freiburg. Die Region

als angestrebte künftige **europäische Metropolregion** hebe sich durch die enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich, der Schweiz und Deutschland hervor und verfüge dabei über ein Geflecht von städtischen und ländlichen Räumen mit hoher Lebensqualität - ein exzellenter Standortfaktor für die vorhandene hohe Qualität in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Man möchte Raum für vorhandene und neue Initiativen von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft schaffen. Zur Umsetzung sollen keine neuen Strukturen geschaffen werden, da Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat den idealen Rahmen zur Koordination bilden. Eine **Europäische Region Oberrhein** diene vor allem einer Positionierung der Region in Europa. Die grundlegend wichtige Arbeit vor Ort, also innerhalb der Region, werde weiterhin von den vielfältigen Lokalstrukturen, beispielsweise den Eurodistrikten oder dem Hochschulverbund EUCOR geleistet.

Als Grundlage für die weitere Arbeit hat die Oberrheinkonferenz kürzlich ein **Gutachten** in Auftrag gegeben, das die Stärken und das Profil der Region im Vergleich zu anderen europäischen Regionen herausarbeiten soll. Darauf aufbauend sollen unter Teilnahme aller interessierter Gruppierungen in einem **Workshop** die genauen Ziele und möglichen Wege dorthin erarbeitet werden. Dabei kommt natürlich der Wirtschaft eine besondere Rolle zu. Auch die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die Kultureinrichtungen sollen eng eingebunden werden.

Quelle: PM 13.1.2006 Freiburg und Regierungspräsidium Karlsruhe. RPF: Pressereferent Joachim Müller-Bremberger, T. 0761 208-1038, :pressestelle@rpf.bwl.de

NEU: Deutsch-französischer Wirtschaftsclub Oberrhein

Mitte 2005 wurde in Strasbourg i.A. der deutsch-französischen Handelskammer der deutsch-französische Wirtschaftsclub Oberrhein/ Club d'Affaires Franco-Allemand du Rhin Supérieur als Verein gegründet. Zweck ist im weitesten Sinne, in der „Welt der Unternehmen“ die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu fördern (Unternehmen, Institutionen, Gruppen, Freie Berufe, Unternehmen betreffende Berufs- oder Hochschulausbildung), insbesondere die deutsch-französischen wirtschaftlichen, kulturellen und universitären Projekte zu unterstützen, deutsch-französische Synergieeffekte ins Leben zu rufen oder zu begünstigen – und dies in allen Bereichen, die der deutsch-französischen Annäherung und der Entwicklung des Austauschs dienen. Die Maßnahmen zur Umsetzung sind unter anderem die Organisation von Besprechungen zu wirtschaftlichen Themen oder Themen von allgemeinem Interesse, von regelmäßigen Versammlungen, die Herausgabe eines Informationsblattes, Konferenzen und generell alle Initiativen, die für die Verwirklichung des gesellschaftlichen Zwecks hilfreich sind, so auch Workshops, Diskussionsrunden, Unternehmensbesichti-

gungen. Präsident ist Henry Baumert. **Kontakt:** Adresse: 16, boulevard Tauler, F-67000 Strasbourg. 0033-3-88-301111, F-299786, André Burger, a.burger@cafa-rso.com www.cafa-rso.com

Medienkooperation am Oberrhein: Ernüchterung und Fragezeichen

Fehlende Sprachkenntnisse, unterschiedliches Hörverhalten samt Musik, die unterschiedliche Betroffenheit bei Themen dies- und jenseits des Rheins und wirtschaftlicher Druck für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten stellen bisherige Erfolge in Frage. Dies ist das kurze und sehr bedauerliche Fazit einer Veranstaltung der Regio-Gesellschaft Schwarzwald-Oberrhein am 1.2.2006 in Lörrach zur Frage „Wie realistisch ist die Vision einer trinationalen Medienregion Oberrhein?“

Zumindest für die Kooperation der Sendeanstalten am Oberrhein konnte Emilienne Kauffmann, Programmleiterin des Radiosenders France Bleu Alsace aus Strassburg, wenig Optimismus verbreiten. Als Gemeinschaftsproduktion mit den Partnersendern produziert France Bleu Alsace die grenzübergreifende Rundfunksendung „Drei Länder – ein Thema“, in der Themen des alltäglichen Miteinanders im Elsass, Baden und der Nordwestschweiz behandelt werden. Der Erfolg der immer in deutscher Sprache ausgestrahlten Sendung sei jedoch gering, zumindest gemessen an den Quoten.

Insgesamt sei der politische Wille und Mut zur Verwirklichung von Medienkooperationen gesunken, sowohl bei den Radiosendern als auch bei der Presse, die unter enormem wirtschaftlichem Druck stehe. Vielleicht eine kleine Chance: mit neuer Technik künftig Sendungen für ein bestimmtes grenzübergreifendes Fachpublikum, die gezielt je nach Interesse abgerufen werden können.

Quelle/Kontakt: Pressemitl., 3.2.2006, RegioGesellschaft Schwarzwald-Oberrhein e.V., Freiburg, Kai Hölscher, T.0049-761-31701, www.regiogesellschaft.de, info@

Oberrhein: Was wollen die Bürger

Erstmals nach 30 Jahren grenzüberschreitender Zusammenarbeit am Oberrhein wurde per Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts TNS-Sorfires nach den Bedürfnissen der Bürger gefragt. 904 Personen ab 16 Jahre waren es. Wolfgang Neumann, stellvertretender Leiter des Deutsch-Französischen Instituts (DFI) in Ludwigsburg stellte am 2.2.2006 in Strasbourg bei der Stiftung Entente Franco-Allemande (EFA) die Hauptergebnisse vor.

1. Die Bürger sehen sich als eine Wertegemeinschaft.
2. Die Bürger sehen ein großes Bedürfnis nach grenzüberschreitender Zusammenarbeit.
3. Die Arbeitslosigkeit junger Menschen ist Sorge aller. In Baden können 88 % kein Französisch, in der NW-Schweiz 63 % nicht. Im Elsass können 57 % der Befragten kaum oder kein Deutsch. Persönliche Prioritäten sind: gute Gesundheit (77 %), Zeit für die Familie (64 %) und Arbeit (52 %).

Zu tun ist aus Bürgersicht vor allem:

1. die Sprache des Nachbarn zu lernen
 2. einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt schaffen
 3. die Verkehrswege im Grenzbereich verbessern, um den gegenseitigen Austausch zu intensivieren
- DFI und EFA wollen dazu Pilotprojekte entwickeln mit Partnern aus nationaler, regionaler, kommunaler Politik.
Quelle: Deutsch-Französisches Institut, Asperger Strasse 34, D - 71634 Ludwigsburg, T. +49 (0) 7141 93 03 - 0, Fax -50. Außerdem siehe. Kehler Zeitung , l'Alsace und DNA 3.2.2006

Nachhaltiges Planen und Bauen

Das Interreg-IIIa-Projekt „Nachhaltiges Planen und Bauen am Oberrhein“ wurde Ende 2005 abgeschlossen. Federführend war das Trinationale Umweltzentrum TRUZ/CET Weil am Rhein, zusammen mit dem elsässischen Architektur- und Umwelt-Verein Alsace Qualité Environnement, Strasbourg, der Virtuellen Architekturhochschule Oberrhein, dem Baudepartement Basel-Stadt und dem Land Rheinland-Pfalz. Das mehrjährige Projekt umfasste drei Säulen: 7 öffentliche Tagungen (wir berichteten), einige Forschungsprojekte und die Internet-Präsenz www.tri-plan.net, die das aufgebaute Netzwerk und Ergebnisse öffentlich darstellt. Das Projekt schloß zu Themen wie Energie und Bauen, Verkehr, Stadtentwicklung, Konversionsgebiete, Lebensqualität sowie Rhein informierend und konkretisierend an an den 1999er Leitfaden für nachhaltige Entwicklung am Oberrhein. Zu mehreren der Themen liegen Broschüren vor, so zum Rhein mit detailliertem Kartenmaterialien. Ein Gesamtbericht soll folgen.

Für ein geplantes Interreg-Nachfolgeprojekt zu Flächenmanagement wurde eine Vorstudie „Entwicklungstendenzen im Oberrheingebiet und ihre Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung“ in Strasbourg im Maison de la Région am 10.11.2005 vorgestellt, erarbeitet vom Bereich „Mensch-Gesellschaft-Umwelt“ der Uni Basel und vom DFIU/IFARE Deutsch-Französisches Institut für Umweltforschung, Karlsruhe.

Kontakt: TRUZ/CET, Thomas Klug, 07621-73334, info@truz.org, klug@weil-am-rhein.de, und Bürgermeister Klaus Eberhardt, Weil am Rhein. www.tri-plan.net

zu Eurodistrikten (Serie 7)

Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau startet Arbeit

Der Rat/Le conseil de l'Eurodistrict :

F : Robert Grossmann, Fabienne Keller, les vice-présidents de la CUS: Pascal Mangin et Laurent Spiero, trois conseillers communautaires : Jean-Jacques Bigot, Paul-Robert Hertzog et Maurice Ruscher.

D :Klaus Brodbeck, Landrat des Ortenaukreises, Bürgermeister Matthias Braun (Oberkirch), Reinhart Köstlin (Achern), Dr. Wolfgang Müller (Lahr), Klaus-

Peter Mungenast (Kapperodeck), Dr. Günther Petry (Kehl), Edith Schreiner (Offenburg)

Das Gremium, das sich viermal im Jahr treffen will, besprach beim 1. Treffen am 5.12.2005 um die 20 Themen, darunter TGV-ICE, Fahrkarten, Telekommunikationstarife. Der französische Staat hat 120 000 €, die CUS einen ähnlichen Betrag und die Ortenau 30 bis 40 000 Euro für ein erstes innovatives Projekt angekündigt.

Quelle: CUS Magazine, Febr. - Mai 2006

Dreiländereck Basel will 2007

1. trinationaler Eurodistrikt werden

Nach Straßburg mit der Ortenau, Freiburg, Colmar und Mulhouse will auch das Dreiländereck um Basel Eurodistrikt werden. Die Region will 2007 sogar der erste trinationale Eurodistrikt sein. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt es mit der TAB bereits seit Jahren zwischen Basel, Lörrach, Weil am Rhein, St. Louis und Mulhouse. Inzwischen sieht auch die Basler Regierung das Konzept als „innovativen Ansatz“, den Raum Basel im „Wettbewerb der europäischen Metropolen sichtbar“ zu machen, unterstrich der grüne Regierungsrat Guy Morin. Wegen der Schweiz und ihrer EU-Vorbehalte ist dieser Eurodistrikt aber schwieriger. Rechtsform könnte das von der EU/Brüssel geplante Instrument des Europäischen Verbunds für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (EVZG) sein. Quelle. u.a. Badische Zeitg., 21.11.2005

Oberrhein und Umwelt (8)

Rheinau/Gamsheim - InterregIIIa: Fischpaß und Touristen

Die ca. 10 Mio. Euro teure Fischtreppe am Grenzübergang Rheinau/Gamsheim soll nach einer Bauzeit von rund zwei Jahren voraussichtlich am 22. Juni 2006 eingeweiht werden, finanziert von Deutschland, Land Baden-Württemberg, durch Frankreich und die Cerga, Betreibergesellschaft der Rheinkraftwerke in Gamsheim und Iffezheim, eine gemeinsame Gesellschaft von. EDF und EnBW.

Der Lockstrom für die Fische wird in Gamsheim nicht durch Pumpen erzeugt, sondern durch Wasser aus dem Oberlauf, das auch zur Stromerzeugung genutzt wird für drei Mio kWh jährlich. Der Fischpaß soll samt Besucherzentrum Touristen-Attraktion werden. Er hat große Fenster, hinter denen man die die Fische wandern sieht.

Bei der Gelegenheit soll die alte Freundschaft Rheinau-Gamsheim reaktiviert werden. Mit 405 000 Euro **InterregIIIa**-Geldern wird die touristische Infrastruktur weiter ausgebaut: Radwege, ein neuer Rheinübergang für Fußgänger und Radfahrer und eine Wildwasserbahn für Kanus, ausserdem Verkehrs- und Parkflächen. Quelle: stark gekürzt nach Acher-Bühler-Bote, 07.02.06

Straßburg: Dioxinschleuder entgiftet - Problem bei Mulhouse

Die Straßburger Hausmüllverbrennungsanlage, direkt am Rhein und der Grenze gelegen, war seit 1974 eine der problematischsten MVA's in Europa. Insbesondere Ultragifte wie Dioxine und Furane wurden in großem Umfang "freigesetzt" und belasteten Mensch, Natur und Umwelt in unerträglicher Weise. Die in der Vergangenheit immer wieder nachgewiesenen hohen Dioxinwerte in Kehl waren nicht zuletzt auf die alte MVA zurückzuführen.

Nach jahrzehntelangen Protesten von Umweltschützern von beiden Seiten des Rheins wurden jetzt endlich 35,8 Millionen Euro in technische Verbesserungen und die absolut notwendige Entgiftung gesteckt. Luftreinhaltung, technischer Fortschritt und bessere Umweltgesetze fallen nicht vom Himmel, sie wurden und werden immer auch von UmweltschützerInnen erstritten. Insbesondere die Bürgerinitiative Umweltschutz Kehl hat sich in dieser Sache unermüdlich engagiert. Weniger Dioxine in der Umwelt bedeuten weniger Krankheit und Tod.

Nach Angaben der Betreiber sollen statt bisher vier nun nur noch 0,1 Nanogramm Dioxine pro Kubikmeter Abluft "freigesetzt" werden. Stand der Technik sind tatsächlich die in ersten Messungen erreichten 0,01 Nanogramm Dioxine pro Kubikmeter Abluft. Auch im Bereich Stickoxide und Stäube gab es große, erfreuliche Fortschritte.

Aktuelle Meldungen über die neue "vielgelobte" Müllverbrennungsanlage von Mulhouse-Saussheim zeigen Bedenkliches beim Ultragift Dioxin. Der Grenzwert liegt bei 0,1 Nanogramm pro m³. Die Medien berichten von einer "Freisetzung" von mindestens 0,3 Nanogramm pro m³. **Quelle:** BUND-Regionalverband Südlicher Oberrhein, bund.freiburg@bund.net, Kontakt Axel Mayer, T. 0761-30383

Es folgt ein Zitat aus der Kehler Zeitung 9.2.2006:

„Vor der Modernisierung lag der Dioxingehalt pro Kubikmeter Abluft (Anm.: der MVA Strasbourg) bei 2,6 Nanogramm pro Kubikmeter Abluft. Zusätzlich sei die verbrannte Müllmenge um 50 000 Tonnen reduziert worden. (...) Dies ist zum einen durch die verstärkte Mülltrennung gelungen - bis Sommer dieses Jahres sollen alle Haushalte der CUS eine gelbe Tonne erhalten haben - zum anderen, weil weniger Klärschlamm über die Hausmüllverbrennungsanlage entsorgt wird.“

Elsass: Chemie-Netzwerk gegründet

Der «Pôle chimie» hat am 21.11.2005 im Mulhouse sein Gründungstreffen veranstaltet und umfasst ca. 60 Unternehmen. Er ist eine Initiative der CCI des Süd-Elsass (Industrie- und Handelskammer). Wesentlich beteiligt sind 2 Vertreter von Sterne Environnement und Serge Neunlist, Direktor der Chemiehochschule Mulhouse und Vize der Université Haute Alsace. Präsident ist Gabriel Gombart (Pec-Rhin à Ottmarsheim). Man strebt die Vernetzung mit deutschen und schweizerischen Partnern an. (stark gekürzt nach DNA, 22.11.2005, deutsch: G. Löser)

IfuL - Müllheim wird integriert

Das Institut für umweltgerechte Landbewirtschaftung (IfuL), Müllheim, soll als Außenstelle in die Landesanstalt für Pflanzenbau Baden-Württemberg (LUFA) integriert werden. Das mit dem IfuL zusammenarbeitende ITADA, Grenzüberschreitendes Institut zur rentablen, umweltgerechten Landwirtschaft Institut Transfrontalier d' Application et de Développement Agronomique, Colmar, mit **Interreg**-Mitteln gegründet, ist davon nicht betroffen. Das IfuL soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Elsass und der Nordwestschweiz für die Landesanstalt koordinieren, die Versuchsarbeit an den Anforderungen im südbadischen Raum orientieren, die Auswertung zentral der LUFA überlassen und auf vier bis fünf Bedienstete zurückgefahren werden laut Landwirtschaftsminister Peter Hauk, Stuttgart. Das IfuL hat z. Zt. 13 MitarbeiterInnen und arbeitet u.a. zu nachwachsenden Rohstoffen, Energie- Faser- und Ölpflanzen, sämtlich zukunftsweisende Sachgebiete. **Quelle:** nach Badische Zeitung 10.2.2006 und IfuL: www.iful.bw.de.

Energiewende Oberrhein

Klimaschutz-/Energie (Serie Nr. 8)

Justus-von-Liebig-Schule Waldshut 1. Passivhaus-Energiesparschule D



Als der Landkreis Waldshut im April 1999 für den Neubau seiner Justus-von-Liebig-Schule einen Architektenwettbewerb europaweit ausschrieb, ahnten die Mitglieder des Kreistages noch nicht, dass daraus ein einzigartiges Projekt erwachsen würde. Im Architektenwettbewerb stand scheinbar lapidar „Die Betriebskosten sollen möglichst gering gehalten werden. Grundrissorganisation und Optimierung des Energieeinsatzes sollen dazu beitragen. Eine übermäßige Aufheizung des Gebäudes im Sommer soll vermieden werden. Der Einsatz alternativer Energiequellen ist grundsätzlich erwünscht.“

Vorzeigeprojekte werden nur dann realisiert, wenn Menschen aus verschiedenen Disziplinen mit dem Mut und dem Willen etwas Neues zu wagen, zusammen-

treffen. Der 1. Schritt war die Entscheidung des Preisgerichts für ein Architekturbüro, das zu unkonventionellen Wegen aufgeschlossen ist. Mit dem Haus technibüro kam ein junges Planungsteam dazu, das Passivhaustechnologie in Zusammenhang mit dem Neubau der Schule als erste formulierte. Es folgte eine Vorbesichtigung eines vergleichbaren Projekts in Vorarlberg (Energiesparschule Mäder). Dann wurden die politischen Entscheidungsträger dorthin eingeladen. Nach weiteren Informationen zur Technik und zum innovativen Charakter des Projekts stimmte der Kreistag bei Mehrkosten von 900.000 € zu.

Den 1. Preis des Architektenwettbewerb errang das Architekturbüro Harter/Kanzler aus Waldkirch. Die Arbeit dieses Architekturbüros zeigte zwar eine optimale Grundrissorganisation, jedoch noch keine Aussage über das Energiekonzept. Dieses wurde danach zusammen mit dem Büro Krebser und Freyler, Teningen, und dem Büro für Sonnenenergie, Dr. Stahl, Freiburg; erarbeitet. Am 23.05.2000 beschloss der Kreistag einstimmig die Umsetzung. Technische Details, Energie-(Lern-)Graphiken und aktuelle Messdaten online in Quelle: www.energiesparschule.de. Quelle: Nach Text des Landratsamts Waldshut in der Internetpräsenz. Foto Landratsamt Waldsh.

Kleinstädte-Netzwerk im Elsass

Nach Wissembourg, Wuenheim, Molsheim, Cernay und Munster gehört jetzt auch Ensisheim dem Netzwerk VESTA für nachhaltige Entwicklung an, das besonders auf Kommunen unter 25000 Einwohner zielt. Ensisheim hatte im Nov. 2005 mit Architekturstudierenden der Uni Karlsruhe zusammengearbeitet, um 90 ha Flächen der ehemaligen Kalibergwerke zu entwickeln. Mit der EdF und dem l'Institut Européen de Recherche sur l'Energie in Karlsruhe(ElFER) besiegelte Ensisheim nun unter dem Dach VESTA vertraglich bestehende Zusammenarbeit. Ensisheim möchte vor allem seine Energiepolitik und neue Technologien untersucht wissen. **Quelle:** DNA 3.2.2006. **Kommentar G.Löser** Man kann nur hoffen, dass es hier nicht besonders um bestimmte Strominteressen geht.

Elsass : EnergiVie

Pilotregion für Energiesparen

région pilote en économies d'énergie

Wir haben sogar die Ambition, Vorbild zu werden, sagte Regionratspräsident Zeller bei der Unterzeichnung eines Vertrages mit dem französischen Staat zur Förderung der erneuerbaren Energien und Energieeinsparung, der die Stärkung des Programms **EnergiVie** beinhaltet. Das Programm hat zwei Ziele: Weiterhin Förderung der erneuerbaren Energien und neu das Elsass zur (französischen) Pilotregion für Häuser mit sehr niedrigem Energieverbrauch zu machen. Das Programm umfasst 24 Mio. € für 3 Jahre, davon 15 Mio. vom Elsass und 9 Mio. vom Staat. Minister de Villepin, Paris, sieht

damit eine neue Dynamik kommen, von der die nationale Energiepolitik lernen soll. Quelle. zusammengefaßt nach C.K in DNA, 19.11.2005, deutsch G. Löser

Erneuerbare machen Hochschule

Im Elsass verlangen immer mehr Hausbesitzer und Bauherren von ihren Architekten Umweltschutz und den Einsatz erneuerbarer Energien. Um dem gerecht zu werden, sensibilisiert das l'Institut national des sciences appliquées de Strasbourg (INSA) seine Studierenden. INSA ist die einzige Hochschule in Frankreich, die sowohl Architekten als auch Ingenieure ausbildet. Auch die Studierenden, so Koordinator Armand Erb, interessieren sich für Energie und nachhaltige Entwicklung. Sie erhalten eine Erstausbildung zu erneuerbaren Energien mit Hilfe des Programms EnergiVie der Région Alsace, EU-unterstützt: Besichtigungen, neue Kurse ... INSA plant hierbei eine Ausrichtung auf Erneuerbare Energien-Klimatisierung-Energie gemeinsam für beide Berufsgruppen. Man verweist auf die Schweiz und Deutschland, wo es bereits Gebäude mit Energie-Überschuß gebe. Für die beste bauliche Integration erneuerbarer Energien hat man im Rahmen von EnergiVie einen Preis ausgeschrieben. (ganz kurz nach Didier Rose in DNA, 08.02.06)

Elsass: Umstellung auf Holzheizung

Die Région Alsace vergibt im Rahmen des Programms EnergiVie Prämien für die Umstellung von Öl- und Gasheizungen auf automatische Holzpellet- und Holz-Hacksschnitzelheizungen an die ersten 300 Umrüster. Die Aktion spart jährlich rund 3000 t CO₂-Ausstoß und entspricht 2000 PKW, die je 10 000 km fahren. Zusätzlich gibt es Steuerleichterungen von 40% für Investitionen in erneuerbare Energien. Région Alsace, Dez. 2005

Kommentar: Noch sinnvoller wäre die Umstellung weg on Elektroheizungen, die bekanntlich die verschwenderischste Heizungsart sind und von einkommensschwachen Schichten nicht mehr bezahlt werden können.

Ökotourismus trinational und Erneuerbare Energien

Rund 60 Tourismus-Profis vom Oberelsass, aus Baden-Württemberg und dem Raum Basel trafen sich am 22. Nov. 2005 in Colmar zum Thema nachhaltiger Tourismus und erneuerbare Energien. Aufgrund der Ölpreise sei es nun angebracht von Ökologen-Forderungen überzugehen zu pragmatischen Schritten, so Jean Klinkert, Tourismus-Direktor des Departments Haut Rhin.

Ein Projekt **Ecogîtes** soll die Touristenherbergen auszeichnen, die erneuerbare Energien nutzen und weitere Umweltmaßnahmen durchführen. Die Région Alsace fördert hierbei die Umrüstung auf erneuerbare Energien. Auf den Höhen von Orbey und Soutzieren haben schon zahlreiche Besitzer die Herbergen mit

erneuerbaren Energien wie Solarkollektoren und Holzfeuerungen ausgestattet. Auch für Hotels nimmt die neue Klassifizierung von Logis de France Umweltkriterien auf. **Kontakt:** L'Association départementale du tourisme du Haut-Rhin (Catherine Million-Hunckler, 03.89.20.10.67, www.adtconseil.tourisme68.com), BASE (Basel Agency for Sustainable Energy), Schwarzwald Tourismus, Baseltourismus. **Quelle:** stark gekürzt nach L'Alsace, 18.11.2005 und DNA 23.11.2005, deutsch G. Löser

Erneuerbare Energien - Strasbourg

Die Stadtgemeinschaft Strasbourg CUS, 1966 gegründet, die 27 Kommunen umfasst, hat einen Arbeitsplan u.a. für erneuerbare Energien im Rahmen ihres Programms für nachhaltige Entwicklung von 2003. Speziell vorgesehen:

- Energieeinsparung bei öffentlichen Gebäuden und Schwimmbädern

- Maßnahmen bei Gebäude-Planungen
- Unterstützung von Maßnahmen priv. Hausbesitzer und beim Sozialwohnungsbestand
- Analyse und Entwicklung des Holzeinsatzes bei Nah- und Fernwärme.

Partner sind: Région Alsace, ADEME, CTS (Strasbourg Transports Soc.), AMORCE (Assoc. of Local Government Bodies and Professionals for District Heating Networks and Waste Utilisation), Energie-Cités.

Kontakt: Mr. Hugues Geiger, Communauté Urbain de Strasbourg, 1 place de l'Etoile - BP 1049/1050, F-67070 Strasbourg, T. 00 33 3 88 60 90 24, F.: -43 60 20, <http://www.strasbourg.fr>, rspreng@cus-strasbourg.net, gefunden in: http://europa.eu.int/comm/energy/en/renewable/idaa_site/deploy/prj098/prj098_1.html

Les Français pour l'éolien Französinen/Franzosen für Windkraft

A la demande de RAEE RhôneAlpénergie-Environnement, l'institut Louis Harris a réalisé un sondage d'opinion sur l'énergie éolienne en avril 2005. Le résultat :

91 % se déclarent favorables à son développement.

90 % d'entre eux jugent cette forme d'énergie intéressante ou incontournable et

61 % pensent que les éoliennes ne portent pas atteinte au paysage. *Quelle / source: L'âge à faire No 1 Oct. 2005*

Schwerpunkt Geothermie 3

Trinationale Geothermie Konferenz

BASE und der fesa e.V. führen am 3. Mai 2006 im EuropaPark bei Freiburg die 2. Konferenz zur Geothermie am Oberrhein durch. Die Veranstaltung wird die aktuellen Entwicklungen in der Branche beleuchten, einen Überblick zum aktuellen Stand der Projekte am Oberrhein geben und die weiteren Potentiale in der Region analysieren. Referenten sind Experten aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Mit der SVG und der GTV konnte sowohl die schweizerische als auch die deutsche Geothermische Vereinigung als Kooperationspartner ge-

wonnen werden. Die Veranstaltung richtet sich an Projektentwickler, Energieversorger, Gemeinden, Privat-Investoren, Kreditinstitute, Versicherungen und Fonds-Gesellschaften. Kontakt: BASE Deutschland, K. Sametinger, T.: (0761) 2852317, kai.sametinger@energy-base.org, fesa e.V., Freiburg., Dr. J. Schneider, T- (0761) 40 73 61 mail@fesa.de

Elsass: tiefe Geothermie für Industrie

Das Unternehmen Roquette möchte 15 bis 25 Mio. Euro investieren, um sein Werk in Beinheim mit geothermischer Energie aus 5000 m Tiefe zu versorgen. Dies wird in Partnerschaft mit der Electricité de Strasbourg die erste industrielle Anwendung der in Soultz-sous-forêt (Elsass) bereits seit Jahren international erforschten HDR-Technik sein. Weil die Technologie innovativ sei und daher finanzielle Risiken habe, suche man Unterstützung von französischen und europäischen Stellen. Mit dem Geothermie-Dampf sollen täglich 2200 Tonnen Mais und Weizen zu Amidon verarbeitet werden, ein sehr energieverschlingender Prozess, der bisher per Erdgas 150 000 CO₂-Emissionen jährlich bedeutet, die man künftig ganz vermeiden will. Immerhin wäre der mit Geothermie erzeugte Dampf nur halb so teuer wie der aus Erdgas, so dass sich die Investition binnen 4 Jahren bezahlt machen kann. Die Erste Bohrung sollte im Januar 2006 beginnen. Zunächst ist geplant, auf gut 3000 Tiefe zu bohren, um mit Energie aus dieser Tiefe schon 2008 Dampf für 30% des Bedarfs des Werks Beinheim zu erzeugen. *Quelle: stark gekürzt nach DNA, Odile Weis, 22.11.2005; deutsch: G. Löser*

Landau: Start der 2. Bohrung

Die geox GmbH erreichte in Landau nach 2 Monaten mit 3.000 Metern Tiefe den Zielhorizont. Die im November 2005 durchgeführten physikalischen Tests und Messungen anhand der ersten Bohrung verliefen positiv und lieferten erfreuliche Neuigkeiten: es wurde am Standort ausreichend Wasser mit einer Temperatur von 150 °C für das geplante Geothermie-Kraftwerk gefunden. Die Mitte Januar begonnene 2. Bohrung läuft nach Angaben von geoX-Geschäftsführer Heiner Menzel planmäßig. Diese Injektionsbohrung soll dann laut Plan bis Mai abgeschlossen sein. Das geplante Kraftwerk soll 2007 in Betrieb gehen mit einer el. Leistung von 2 bis 2,5 MW für rund 5000 (Anm. der Redaktion: normal verschwenderische) Haushalte und soll rund 300 Haushalte mit Wärme versorgen.

Quelle: fesa Geo NL 1-2006, fesa e.V., Freiburg i.Br., Dr. Jochen Schneider, Tel: (0761) 40 73 61, mail@fesa.de, www....

Bellheim/Pfalz: Geo-Kraftwerk nach Kalina-Prinzip

Die HotRock GmbH bohrt seit Ende 2005 in Bellheim bei Landau. Geplant ist eine Dublette mit hydrogeothermischer Nutzung. Gleichzeitig hat die HotRock GmbH den Auftrag für ein Erdwärmekraftwerk nach

dem Kalina-Prinzip an Siemens Industrial Solutions and Services (I&S) vergeben. Es soll ein 6,4-Megawatt-Kraftwerks entstehen, das den Strombedarf von etwa 25.000 Haushalten decken kann. Quelle: wie vor

BW: zu magere Landes-Förderung

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg übernimmt bei einzelnen beispielhaften Vorhaben zur Nutzung der tiefen Geothermie ein Teilrisiko bei der ersten Bohrung. Das Land gibt eine Ausfallbürgschaft von maximal 1 Mio. €. Bei Bohrkosten im Umfang von 5 bis 6 Mio. € erscheint dies als Tropfen auf den heißen Stein. Quelle: wie vor

Institut für Geothermie- Ressourcenmanagement an FH Bingen

Das neue Institut für Geothermisches Ressourcenmanagement (IGeM) stellt einen weiteren Schritt in der Entwicklung der Süd- und Vorderpfalz zur „Referenzregion Geothermie“ dar. Das in Kooperation der Universität Mainz und der Fachhochschule Bingen neu gegründete Institut wird von Prof. Dr. Klaus Regenauer-Lieb, Universität Mainz, und Prof. Dr. Ralf Simon, FH Bingen, geleitet. Es sollen u.a. Methoden entwickelt werden, die das Risiko der kostspieligen Erkundungsbohrungen nach potentiellen Geothermie-Standorten senken. Um die Forschung möglichst nah an der Praxis zu betreiben wurden Kooperationsvereinbarungen mit Spezialfirmen im In- und Ausland abgeschlossen. Quelle: wie vor

Windkraft und Fledermäuse

Im Auftrag des Regierungspräsidiums Freiburg und mit Förderung von der Stiftung Naturschutzfonds B-W wurden zwischen August 2004 und Oktober 2005 Untersuchungen zu möglichen betriebsbedingten Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Fledermäuse durchgeführt. Zentrale Fragestellung der Studie war, ob und in welchem Ausmaß die aus Nord- und Mitteldeutschland sowie aus dem Ausland berichteten Kollisionen von Fledermäusen an Windkraftanlagen auch im Regierungsbezirk Freiburg auftreten.

Von Ende Juli bis Ende Oktober 2004 wurden alle fünf Tage Aufsammlungen von toten Fledermäusen unter 16 im Regierungsbezirk Freiburg repräsentativ ausgewählten Anlagen überwiegend im Schwarzwald und seiner Vorbergzone durchgeführt. Zusätzlich wurden an 16 weiteren Anlagen im gleichen Gebiet und Zeitraum ergänzend jeweils 2 bis 3 Sonderkontrollen durchgeführt. Von Anfang April bis Mitte Mai sowie von Mitte Juli bis Mitte Oktober 2005 wurden 8 der bereits 2004 kontrollierten und in 2004 besonderes auffälligen Anlagen im selben Rhythmus erneut abgesucht..

Insgesamt wurden 50 tote Fledermäuse, 45 während systematischer Aufsammlungen und 5 weitere bei Sonderkontrollen gefunden. Bei den 8 in beiden Jahren unter-

suchten Anlagen fanden sich 2004 hier insgesamt 31 Tiere, 2005 aber bei gleicher Kontrollintensität nur 10.

Unter Berücksichtigung der Sucheffizienz, der Abtragräte (z.B. durch Fuchs oder Wespen) sowie des Flächenfaktors, der das Verhältnis von abgesuchter zu nicht absuchbarer Fläche in einem 40m Radius beschreibt, wurde von den belegten Totfunden auf einen Schätzwert von Kollisionsoffern hochgerechnet. Die Hochrechnung ergibt für die 2004 regelmäßig kontrollierten 16 Anlagen insgesamt 335 Kollisionsoffern, im Schnitt 20,9 Tieren pro Anlage. Für die 2005 untersuchten Anlagen ergibt sich ein Wert von insgesamt 95 Kollisionsoffern, im Schnitt 11,8 Tieren pro Anlage. Neben den Fledermäusen konnten nur neun Vögel als Totfunde registriert werden. Die meisten Fledermaus-Kollisionsoffern wurden Ende Juli bis Mitte August und Anfang September registriert. Im Zeitraum Anfang April bis Mitte Mai 2005 wurden an den acht abgesuchten Anlagen keine Tiere gefunden. Die meisten Totfunde wurden unter Anlagen, die im Wald oder auf Windwurfflächen stehen, registriert.

Aus den vorgestellten Untersuchungsergebnissen will das RP keine schnellen Schlüsse ziehen. Angesichts der besonderen Schlaghäufigkeit von Fledermäusen an bestimmten Windkraftanlagen sei über Maßnahmen nachzudenken.. Gutachter Brinkmann selbst sage, dass keine allgemein gültigen, verbindlichen Schlüsse aus den Ergebnissen sofort gezogen werden könnten oder sollten; vielmehr sei ggf. ein windkraftanlagenspezifisches Monitoring gefragt. Das Gutachten ist abrufbar unter: www.rp-freiburg.de über Abteilungen / Abteilung 5 / Referat 56. **Quelle:** PM 31.1.2006 RP Freiburg, pressestelle@rpf.bwl.de

Kommentar: Merkwürdigkeiten:

- * auf gesonderte Nachfrage konnten lt. Gutachter mit einer Wärmebildkamera zwar zahlreiche Flugbewegungen, aber keine tatsächlichen Kollisionen Fledermaus-Windkraftanlage beobachtet werden!
- * Merkwürdig auch die Unterschiede 2004 und 2005 (Lerneffekt der Fledermäuse oder wetterbedingt ?) und
- * zwischen von Wald und Wiesen umgebenen Anlagen
- * und das Faktum, dass benachbarte Anlagen bei Wald- bzw. Wiesenumgebung zwar vergleichbare Anzahlen beobachteter Flugbewegungen, aber teils keine (Wiesenstandort) teils einige Totfunde (Waldstandort) aufwiesen. Ob die Fledermäuse bei Wiesenstandorten schlauer sind, ob Unbekanntes oder ob doch Manipulation im Spiel ist, wie von Betreiberseite weiterhin vermutet wird?
- * Hochrechnungen von z.B. 1 Fund sind sehr fragwürdig, s.u.

Weil offenbar Totfunde i.w. nur in Verbindung mit einigen wenigen besonders warmen windschwachen Sommernächten vorkamen, scheint die am Freiburger Rosskopf schon praktizierte Stilllegung betroffener Anlagen in solchen Nächten eine einfache Problemlösung zu sein, zumal die Rotoren dann nur wenig Strom erzeugen. siehe auch folgender Gastkommentar!

Gast-Kommentar:**Die Macht der kleinen Zahl**

Ich schaute mir die Ergebnistabellen dieser Studie kritisch an und war verblüfft: An 8 gezielt ausgewählten Standorten von Windturbinen wurden (...) 2005 exakt 10 (zehn!) tote Fledermäuse gefunden! Diese 8 Standorte wurden im Jahr 2004 aus 16 untersuchten Standorten ausgewählt und 9 Anlagen mit keinem oder einem gefundenen Fledermausopfer schieden aus. Man beobachtete im Jahr 2005 dann nur noch die "ergiebigsten" Standorte. (Anm.: s.a. Ausgabe 2-2005)

Mit wissenschaftlich kaum haltbaren, selbstgebastelten Erhöhungsfaktoren und Abtrageraten wurden so aus 10 tatsächlich gefundenen toten Fledermäusen nun 75,43 bis 125,07 tote Fledermäuse hochgerechnet. Aus einer toten Fledermaus auf der Gemarkung Ettenheim wurden so gar 9,42 bis 15,58 hochgerechnet. Die vorgetäuschte Genauigkeit mit zwei Dezimalstellen hinter dem Komma demonstriert die ganze Absurdität dieses Verfahrens! (...)

Für eine seriöse Studie stehen ja genügend arbeitssuchende Biologen zur Verfügung, die auch zweimal täglich die Windturbinen-Standorte nach realen toten Fledermäusen absuchen können. Aber die Nagelprobe kommt ja noch: Allein an den Straßen eines Landkreises kommen jährlich mehr als 10 Igel, Hasen, Frösche, Kröten, Eidechsen und Vögel zu Tode. Dann darf mit Unterstützung des Regierungspräsidiums Freiburg endlich getitelt werden: "Landstrassen - Schneisen des Todes". Erhard Schulz, 1.2.2006

Schweiz: Atommüll am Hochrhein**Stuttgarter Umweltministerium teilt Ansicht des LNV gegen Atom-Endlager Benken**

Die Umweltverbände im Land erhalten für ihre Kritik am geplanten Atommüll-Endlager im schweizerischen Benken Unterstützung vom Stuttgarter Umweltministerium: Das UM bestärkt den Landesnaturschutzverband LNV in einer ganzen Reihe der Bedenken, die Ende 2005 gegenüber den Schweizer Stellen vorgetragen wurden (siehe Ausgabe 4-2005):

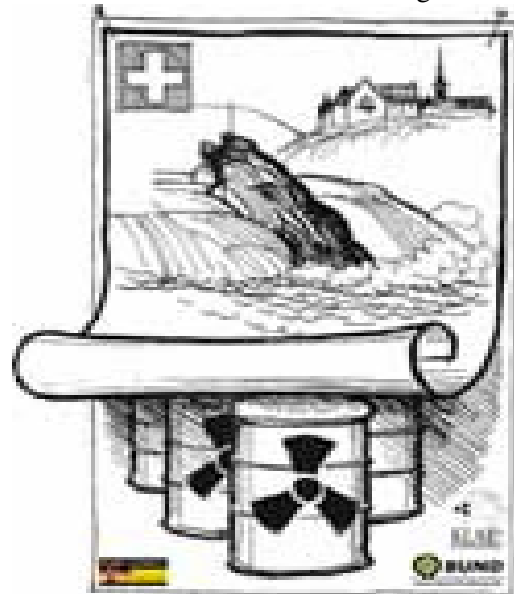
- der beantragte Entsorgungsnachweis dürfe keine Vorfestlegung für einen Endlagerstandort sein
- man sehe noch wissenschaftlichen Untersuchungsbedarf
- die Untersuchung weiterer Standorte sei nötig
- die deutsche Bevölkerung, müsse gleichberechtigt am Verfahren beteiligt werden.

Quellen: Anlage: Schreiben des UM B.-W. an den LNV vom 18.1.06; LNV-Pressemitteilung 26.1.06, info@lnv-bw.de christa.kraemer@lnv-bw.de, T. 0711/24 89 55 -20, F. -30

Benken : Atommüll-Plakat

Der BUND Südlicher Oberrhein hat zum geplanten Schweizer Atommüllager Benken/nahe Rheinfall in Zusammenarbeit mit Klar!Schweiz ein Plakat heraus-

gegeben. Alle Gruppen, die das Motiv mit ihrem eigenen Logo verwenden wollen, können ihr Logo an den BUND zusenden und erhalten den eigenen Entwurf .



<http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/aufkleberverkauf/gfx/a27.jpg>
bund.freiburg.bund.net, www.bund.suedlicher-oberrhein.de

Kommentar zu:

UN-Siegel für AKW Fessenheim ? Nur Sache von Vertrauen & Kommunikation? Atomkraftwerk <grün>waschen

MdL Gundolf Fleischer, Kreis Breisgau-Hochschwarzwald, Aufsichtsrats-Mitglied der EnBW Service GmbH, Karlsruhe, Teil des Energiekonzerns EnBW, der zu großen Anteilen im Besitz der EDF ist, läßt sich vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Atomkraftbefürworter Günther Oettinger Mitte 2005 die Idee bestätigen, das Atomkraftwerk Fessenheim/Rhein der EDF mit einem Sicherheitsvergleich der UN-Organisation IAEA zu adeln, sozusagen grünuwaschen. Eine solche „vertrauensbildende Maßnahme“ für besorgte Bürger habe sich beim deutschen Atomkraftwerk Philippsburg bewährt, so Oettinger. Was er nicht sagt: Die Internationale Atomenergieagentur IAEA hat aber als Aufgabe, die Atomkraft weltweit zu fördern und, so sie es überhaupt kann, die dabei drohende Atomwaffen-Weiterverbreitung zu verhindern.

Und wenn französische Atomaufsichts-Behörden, die das Atomkraftwerk ja am besten kennen sollten und die es aktenkundig für zu unsicher halten, gegen eine solche Überprüfung Widerstand leisten, dann sollten laut Oettinger Kanzlerin Merkel (eine Atomstrombefürworterin, die als angehende Physikerin der ex-DDR noch lernte, dass sozialistische Atomkraftwerke sicher sind - die wurden bei der Wiedervereinigung gleich stillgelegt) und Präsident Chirac, auch Atomkraftfreund, solche „Widerstände“ (Oettinger an Fleischer) abstellen.

So funktioniert ein Pro-Atomkraft-Politik-Kartell. Oettinger sieht die Sache in erster Linie als Kommunikationsfrage, aber auch das Problem, „aus lokalpolitischen Gründen eine Stilllegung der grenznahen französischen Kernkraftwerke zu fordern, während wir zugleich für Laufzeitverlängerungen bei den deutschen Anlagen kämpfen“. Lokalpolitische Gründe scheinen so aber nur ein Mäntelchen in den Wind gehängt zu sein und nicht sachorientierte Gründe, etwa die tatsächlichen Sicherheitsmängel und nicht beherrschbaren Risiken der Atomkraft. Schließlich hat der baden-württembergische Ministerrat ja 2005 für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit festgelegt, das Atomkraftwerk Fessenheim werde „unter der Aufsicht der französischen Behörden auf hohem, dem heutigen Stand angepassten und mit deutschen Standards vergleichbarem Sicherheitsniveau betrieben“. Da hält ein UN-IAEA-Extra-Siegel Atomkrafttrisiken noch besser fern.

Nichts liegt diesen Politikern anscheinend ferner, als das Richtige zu tun, nämlich zu fordern, das umzusetzen, was der französische Atom-TÜV DRIRE durch die von ihm dargelegten Erdbebenunsicherheiten sowie anderen Mängel des Atomkraftwerks Fessenheim und damit erforderlichen teuren Nachrüstungen indirekt erreichen könnte: die Stilllegung des Atomkraftwerks und das Ende der von ihm ausgehenden tödlichen Gefährdungen für Millionen MitbürgerInnen, deren Nachkommen, die Natur, Heimat und Wirtschaft. Beide, Oettinger und Fleischer agieren, als ob sie auch Interessenvertreter von EDF und EnBW wären, die das Land Baden-Württemberg ja beim Verkauf der EnBW-Landesaktien an die EDF auch mittels eines Geheimvertrags verheiratete. Was da wohl zur Atomenergie drinsteht?

© Georg Löser. Quelle: Brief Ministerpräsident G. Oettinger an MdL G. Fleischer, 10.8.2005

Gastkommentar:

Närrische EnBW-Idee zur Vernebelung von Atomkraftwerken*

„Blitz-Vernebelungsanlagen“ sollen die AKW der EnBW vor terroristischen Angriffen schützen. Dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg liegen entsprechende Anträge der EnBW vor. Die Fastnachtstage waren für die Veröffentlichung dieser ernst gemeinten Meldung nach Ansicht von BUND-Regionalgeschäftsführer Axel Mayer ideal. Mit Ideen von gestern gegen die realen Gefahren von heute kann da nur gesagt werden: Denn z.B.

- An einem stark windigen Tag funktioniert das windige System schlecht.
- Jeder Laie kann heute mit satellitengesteuerten Navigationssystemen (GPS) umgehen. Google Earth

liefert nicht nur schöne Bilder z.B. vom AKW Fessenheim, das nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert ist, sondern gleich auch die Koordinaten für den „Zielanflug“.

Hinter der Nebelidee steckt auch der etwas schlichte Gedanke, ein terroristischer Atomanschlag würde wie am 11. September mit einem Flugzeug geschehen. Wenn am Anschlagstag der Wind nicht weht, wenn Terroristen ihr GPS vergessen, wenn wenn wenn ... dann könnte die Idee evtl. funktionieren. Doch eine ähnlich große Gefahr wie von einem fehlgelenkten Flugzeug geht auch von modernen panzerbrechenden Waffen aus. - Früher hieß es: "Den Menschen Sand in die Augen streuen". Heute nimmt man Nebel.

Quelle: gekürzt: nach: Axel Mayer, 28.2.2006, BUND Regionalverband, Wilhelmstr.24a, D-79098 Freiburg, T. 0761/30383, bund.freiburg@bund.net, www.bund-freiburg.de, <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/pe/20060228.htm>

Förderprogramme (9) (Auswahl)

INTERREG III B Alpenraum WER IST PUSEMOR ? Partner aus 6 Staaten

Wenn Nahversorger ihre Geschäfte aufgeben, Postämter geschlossen und Buslinien eingestellt werden, oder wenn Schulstandorte zur Diskussion stehen, dann rücken die sich verschärfenden Probleme des ländlichen Raums ins Blickfeld. In ländlichen Regionen können viele Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wegen der topographischen Eigenheiten und des demographischen Wandels nicht oder nicht mehr kostendeckend erbracht werden. Die Privatisierung einst öffentlicher Dienstleistungen, die Liberalisierung der Märkte und der Sparzwang bei der öffentlichen Verwaltung verstärken den Druck auf die Grundversorgung noch weiter. Dabei kann, anders als im Umland der Großstädte, die Schließung von Kindergärten und Lebensmittelmärkten, die Einschränkung des öffentlichen Nahverkehrs oder der ärztlichen Versorgung in der Regel nicht durch andere, schnell erreichbare Angebote kompensiert werden. Wichtige Standortqualitäten gehen somit verloren, eine weitere Abwanderung mobiler Bevölkerungskreise oder auch ansässiger Unternehmen sind nicht selten die Folge. Deshalb das

Projekt „PUSEMOR“ - Sicherung der Grundversorgung im ländlichen Raum

(Public Services in sparsely populated Mountain Regions)

Mit Mitteln aus **INTERREG-III B**, des Landes Baden-Württemberg sowie etlicher Gemeinden beteiligt sich der Regionalverband Südlicher Oberrhein am europäischen Projekt PUSEMOR. Unter der inhaltlichen Federführung der Schweizer Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete sollen die unterschiedlichen Erfahrungen der Kooperationspartner aus Frankreich, Italien, Österreich, der

Schweiz und Slowenien ausgewertet und weiterentwickelt werden.

Ziel ist es, Beispiele für umsetzungsorientierte Strategien zur nachhaltigen Sicherung des Ländlichen Raumes als Lebens- und Wirtschaftsstandort herauszuarbeiten und deren Übertragbarkeit zu prüfen. Die teilnehmenden Gemeinden Bad Peterstal-Griesbach, Feldberg, Freiamt und Wolfach repräsentieren dabei mit ihren Schwerpunkten im Bereich Fremdenverkehr, Kur-/ Bäderwesen oder Landwirtschaft Strukturmerkmale, die für weite Bereiche des Schwarzwaldes, aber auch darüber hinaus typisch sind. Die vorbereitenden Arbeiten sind zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Konzeptphase beginnt.

Quelle: zusammengestellt aus: (Februar 2006) Regionalverband Südlicher Oberrhein, Reichsgrafenstr. 19, D-79102 Freiburg i.Br., T. :0761-70327-0, F.-50, www. und rvso@region-suedlicher-oberrhein.de

INTERREG I-III Oberrhein 1990- 2006

Endlich gibt es eine praktische Gesamtübersicht zu Interreg I-III A Oberrhein: Zum 10. Dreiländerkongress wurden in Sprachen D und F je zwei Broschüren herausgegeben, beides Muss-Lektüre für alle Interessierten!

(1.) INTERREG: Der Oberrhein wächst zusammen mit jedem Projekt. (Dépasser les frontières projet après projet). Eine 30-Seiten Übersicht zu Interreg I,II,IIIa am Oberrhein mit Kurzdarstellung der Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Darstellung von 16 ausgewählten Projekten. Erhältlich bei den Programmpartnern von Oberrhein-Mitte-Süd / PAMINA.

(2) Anhang zu (1): INTERREG. Liste der durch die EU-Gemeinschaftsinitiative konfinanzierten Projekte. Hier sind die rund 300 geförderten Projekte im einzelnen mit Kurzdaten nach Themengruppen und Interreg-Phase aufgelistet. Das zweiphasige Projekt Begegnungen am Oberrhein erzeugte 2002-2005 zusätzlich über 123 geförderte kleinere grenzüberschreitende Projekte der Bürger und Vereine, die hier nicht gesondert aufgelistet sind, sondern z.B. im internet unter www.3regio.org bzw. bei der Région Alsace Direction Relations Internat.

Weitere Info und Details zu den Projekten: www.interreg-dfch.org

Interreg-Daten:

INTERREG I:

Oberrh.Mitte-Süd:37 Projekte 9,41 Mio. ECU EU-Mittel

Pamina: 27 Projekte 3,84 Mio. ECU EU-Mittel

gesamt: 64 Projekte 13,25 Mio ECU EU-Mittel

INTERREG II:

Oberrhein Mitte-Süd: 95 Projekte 26,1 Mio. € EU-Mitteln

PAMINA: 52 Projekte mit 11,7 Mio. EURO EU-Mittel

gesamt: 147 Projekte mit 37,8 Mio Euro EU-Mittel

INTERREG III (2000-2006)

Für den aktuellen Förderzeitraum stehen zur Verfügung:

Oberrhein Mitte-Süd: 32,1 Mio. EURO EU-Mittel

PAMINA 13,9 Mio. Euro EU-Mittel

Heutiger Stand Oberrhein Mitte-Süd:

Bis heute (26.01.2006) wurden gestartet

OMS 78 Projekte mit 28,8 Mio. EURO EU-Mittel Nahezu ausgeschöpft sind die **Förderschwerpunkte**

1 Bürgerprojekte, Gesundheit, Verwaltungszusam.arbeit

2 Verkehr, Raumentwicklung, Umwelt

3 Wirtschaft, Arbeit, Forschung.

Mittel vorhanden sind noch für **Schwerpunkt 4 (Tourismus und Kultur)**

Die **Programmlaufzeit endet am 31.12.2006** (Projekte können noch bis Mitte 2007 verwirklicht werden).

Gesamtbilanz 15 Jahre INTERREG am Oberrhein: Über 300 verwirklichte Projekte, für die 80 Mio. Euro EU-Mittel gegeben wurden.

Quelle: RP Freiburg, 14.2.2006

INTERREG IIIA am Oberrhein hat 5 Schwerpunkte und 11 Massnahmen.

Schwerpunkt 1 : Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Dienste der Bürger und der Institutionen

Massnahme 1a : Erhöhung des bürgerschaftlichen Engagements und des gegenseitigen Verständnisses

Massnahme 1b : Grenzübergreifende Entwicklung der Solidarität, der Sicherheit und des Gesundheitsbereichs

Massnahme 1c : Zusammenarbeit auf Verwaltungs- und politischer Ebene

Schwerpunkt 2 : Nachhaltige und ausgewogene Raumentwicklung

Massnahme 2a : Ausbau des grenzübergreif. Verkehrs

Massnahme 2b : Raumentwicklung in Stadt und Land

Massnahme 2c : Umweltschutz

Schwerpunkt 3 : Wirtschaftliche Integration und menschliche Ressourcen

Massnahme 3a : Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Massnahme 3b : Integration des Arbeitsmarkts

Massnahme 3c : Forschung und Technologie

Schwerpunkt 4: Grenzübergreifende Förderung von Tourismus und Kultur

Massnahme 4a: Entwicklung des grenzüberg. Tourismus

Massnahme 4b : Kultur und Kulturgut

Schwerpunkt 5 : Technische Hilfe: Umsetzung des Programms: Personal, Material und Finanzierung.

aus www.interreg-dfch.org, Jan. 2006

EU und Umwelt (6) & Chemie und Umwelt

EU-Kommission:

mit REACH 95 Mrd. Euro sparen

Gewerkschaft: jährlich 90 000

Berufskrankheiten für Haut- und Atemwege vermeiden

Mitte Februar 2006 tauchte auf der Internet-Seite der EU-Kommission ohne begleitende Pressemitteilung eine brisante Studie auf: Die neue EU-Chemie-Politik REACH

bringt der Umwelt und der Gesundheit der Menschen in den kommenden 25 Jahren einen Nutzen im Gegenwert von 95 Milliarden Euro. Drei Szenarien wurden untersucht: Was wird gespart, wenn vier gefährliche Chemikalien verboten werden, Basis: die bisher anfallenden Gesundheitskosten durch diese Chemikalien. Zweitens: Einsparungen aufgrund weniger aufwändiger und damit weniger kostspieliger Reinigungs- und Beseitigungsarbeiten bei weniger gefährlichen Chemikalienrückständen. Drittens: die Ersparnisse, die künftig bei der Bereitstellung von sauberem Trinkwasser anfallen. **Ergebnis:** Was gut ist für Umwelt und Gesundheit, ist auch gut für die Wirtschaft, so Greenpeace dazu.

Greenpeace weist auch auf eine Studie des europäischen Gewerkschaftsbundes hin: Durch REACH könnten jährlich rund 50.000 Fälle berufsbedingter Atemwegserkrankungen und 40.000 Fälle von Hautkrankheiten bei Arbeiterinnen und Arbeitern und damit in den nächsten 10 Jahren rund 3,5 Mrd. Euro Kosten für öffentliche Kassen vermieden werden. Binnen 30 Jahren ist mit Einsparungen von 21 bis 160 Mrd. Euro zu rechnen. Im Gegensatz zu solchen Einsparungen sind die jährlichen 200 Mio. € Mehrkosten für die Industrie durch REACH geradezu lächerlich. Europa dürfe sich nicht weiter von Chemiekonzernen unter Druck setzen lassen. **Quelle:** nach Greenpeace, Michael Richter 20.02.2006

Babies giftig gewickelt - Folgen für REACH?

Laut Zeitschrift "Ökotest" wurden in 11 von 20 getesteten Produkten bei Baby-Wickelunterlagen **fortpflanzungsschädigende** Chemikalien gefunden, in 8 davon wurden sogar EU-Grenzwerte überschritten. 7 Wickelunterlagen enthielten zinnorganische Verbindungen, die schon in geringer Konzentration das **Immun- und Hormonsystem** des Menschen beeinträchtigen können. Auch phosphororganische Verbindungen, die im Verdacht stehen **krebserregend** zu wirken, konnten in 8 der getesteten Produkte nachgewiesen werden. Der BUND sieht die Testergebnisse als weiteren Beleg für die Notwendigkeit einer Reform der europäischen Chemikalienpolitik im Sinne eines umfassenden Gesundheits- und Umweltschutzes.

Die Ergebnisse seien besonders Besorgnis erregend. Die gefundenen chemischen Gifte werden durch Öle und Fette auf der Babyhaut aus den Wickelunterlagen gesogen und gelangen so in die Körper, wo sie Fortpflanzungsschäden oder Krebs auslösen können. Der Gesetzgeber müsse diese Gefährdung der Babys sofort beenden. Gesundheitsschädliche Chemikalien müssen weg vom Markt und durch ungefährliche Alternativen ersetzt werden.

Dass Alternativen vorhanden sind, zeigen die vier von Ökotest mit "Sehr gut" ausgezeichneten Wickelunterlagen. Viele Hersteller weigern sich jedoch, unschädliche Stoffe in ihren Produkten einzusetzen.

Und von rund 30 000 auf dem Markt befindlichen chemischen Substanzen ist noch völlig unbekannt, ob sie

möglicherweise eine Gesundheits- oder Umweltgefahr darstellen. Beides - die Lieferung ausreichender Daten über die Auswirkung von Chemikalien und der verbindliche Ersatz gefährlicher Stoffe - muss das vordringliche Ziel der europäischen Chemikalienreform REACH sein. Auf Druck der Chemieindustrie haben sich aber die europäischen Entscheidungsträger weit davon entfernt.

Quellen: Ökotest-Magazin 2/2006. www.bundgegengift.de. BUND, Pressemitteilung 30.1.2006, Kontakt: BUND- T. 030-27586-464, -489; Fax: -449, presse@bund.net; www.bund.net

Landwirtschaft - Gentechnik (7)

Vorbemerkung: Die Redaktion sieht sich weiterhin sehr veranlasst (vgl. zuletzt Ausgaben 3 und 4-2005), zur landwirtschaftlichen Gentechnik in der Regel sehr kritische Nachrichten zu bringen. Zum Grund siehe weiter unten.

Région Alsace pro Bio-Landbau

Nur Bio-Essen gab es am 19.1.2006 in der Kantine der Région Alsace. Und 12 Aussteller zeigten ihre Produkte zur Degustation. Auch sonst steht den Bediensteten zumindest ein Essen aus Bio-Landwirtschaft zur Wahl. Die Mitglieder der Regionalversammlung Danièle Meyer et Andrée Buchmann repräsentierten die Region in Anwesenheit zweier Mitglieder der OPABA (Organisation professionnelle de l'Agriculture Biologique en Alsace). Die Aktion reiht sich ein als Start in eine Serie von Aktionen für Biolandbau, gefördert von der Région Alsace. **Quelle** Pressemitt. Région Alsace, 19.1.2006, www.region-alsace.fr

Biolandbaustudie im Elsaß

Die Région Alsace will jetzt eine Potenzial-Studie zum Biolandbau erstellen lassen. Begeleitet wird die Studie vom Biolandbauverband OPABA (Organisation Professionnelle de l'Agriculture Biologique en Alsace), von der Landwirtschaftsbehörde DRAF (Direction Régionale de l'Agriculture et de la Forêt), vom regionalen Landwirtschaftsdienst SAERA (Service Agricole Régional d'Alsace) und von den Landwirtschaftskammern Chambres d'Agriculture vom Bas-Rhin und Haut-Rhin. Die Untersuchung steht in Zusammenhang mit einem nationalen Plan zur Belebung des Ökolandbaus, um wieder einen Spitzenplatz in Europa zu erreichen. **Quelle:** Pressemitt. Région Alsace, 6.Jan. 2006

Gentechnik-Versuch in Australien abgebrochen – Feldmäuse krank

In Ausralien mußte ein mehrjähriger Versuch mit gentechnisch veränderten Erbsen aus Sicherheitsbedenken abgebrochen werden. Die Erbsen haben bei Feldmäusen eine Lungenkrankheit ausgelöst. Die Reaktion der Mäuse auf das Protein könnte auch bei Menschen auftreten.

http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?p=39738&more=1

Gen-Mais: Falsche Risikobewertung

Aus einer Greenpeace- Studie geht hervor, dass die Untersuchungen zur gentechnisch veränderten Maissorte "MON863" grobe Mängel aufweisen und nicht geeignet sind, um die Gesundheitsrisiken dieser Maissorte zu beurteilen. Die Untersuchungen hatte die Firma Monsanto vorgelegt, um die Marktzulassung für die Europäische Union zu erlangen. MON863 ist bereits zur Fütterung von Tieren zugelassen. Quelle: www.greenpeace.org, 2005

ONLINE gegen GENTECH-Pläne

Das Online-Netzwerk Campact ruft Bürger/innen auf, unter www.stoppt-seehofer.de gegen eine Verwässerung des Gentechnikgesetzes durch Landwirtschaftsminister Seehofer aktiv zu werden. Die von der früheren Bundesregierung erlassenen strengen Haftungsregeln erschweren derzeit den Anbau von genmanipulierten Nutzpflanzen. Die Entscheidung, ob Deutschlands Felder weitgehend gentechnikfrei bleiben, falle in den nächsten Wochen im Bundestag, so Campact. Deshalb werde Campact den politischen Prozess mit Online-Aktionen begleiten. Man könne doch nicht darüber hinweg regieren, dass vier von fünf Bundesbürgern Genfood ablehnen.

Campact fordert, bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes die im derzeitigen Gesetzestext enthaltenen Haftungsregeln beizubehalten und auf Umweltschäden auszuweiten. Zweitens müsse das Standortregister, mit dem sich Bürger/innen und Landwirte über "Gen-Felder" in ihrer Nachbarschaft informieren können, öffentlich zugänglich bleiben. Drittens dürfe der Gentechnik-Anbau zu keiner Gefahr für die gentechnikfreie Landwirtschaft werden. Wenn wie befürchtet die Koexistenz nicht gewährleistet werden kann, müsse der Anbau von genmanipulierten Pflanzen untersagt bleiben.

Quelle: Campact, Pressemitl. 12.6.2006, www.campact.de, Kontakt: Campact, Dr. Günter Metzges, Artilleriestr. 6 – D-27283 Verden, Tel. 04231.957 446, metzges@campact.de.
Textidee: <http://www.campact.de/gentec/help/mobitext>

US-Gentechnikkonzern Monsanto will Terminator-Technologie Gefahren für Biodiversität und Bauern

Monsanto, der weltgrößte Anbieter von Gen-Saatgut, will sich über das Moratorium hinwegsetzen, das durch die internationale Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) von 2000 besteht. Diese untersagt die kommerzielle Nutzung der Technologie. Gen-Pflanzen mit Terminator-Technologie sollen nur sterile Samen bilden. Für Bauern, die traditionell einen Teil ihrer Ernte für die Aussaat im nächsten Jahr zurückbehalten, bedeutet das eine gewaltige Umstellung und Abhängigkeit. Betroffen wären weltweit rund 1,4 Milliarden Menschen. Aber auch die biologische Vielfalt ist in Gefahr: Seltene Pflanzen, die vom Pollen der Gen-Pflanzen bestäubt würden, könnten keine keimfähigen Samen mehr bilden und aussterben.

Die neue Monsanto-Firmenpolitik kommt im Vorfeld der Konferenz zu CBD Curitiba/Brasilien 21.-31. März. Dort wollen Gegner der Terminator-Technologie das de-facto-Verbot aus dem Jahre 2000 festschreiben. Laut Greenpeace-Analyse der Patentschrift will Monsanto die Technologie nutzen, um in Ländern mit laschen Patentgesetzen die Bauern zu zwingen, für sein Saatgut die geforderten Lizenzen zu zahlen: eine Art eingebauten Pflanzen-Kopierschutz, an dem niemand vorbeikommt." Quelle: nach Greenpeace, Hamburg, Michael Richter, 21.02.06

Babynahrung: Hipp gegen Gentech

Obwohl die deutschen Verbraucher keine Gentechnik in der Babynahrung wollen, will der neue Landwirtschaftsminister Horst Seehofer mehr Gentechnikanbau erlauben. Dagegen wehrt sich mit anderen der Babynahrungshersteller Hipp.

<http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=6&news:oid=n4456>

Genmanipuliertes Soja in Rumänien außer Kontrolle

In mindestens zehn der 42 rumänischen Landkreise wird ohne Wissen der zuständigen Behörden die genmanipulierte "Roundup-Ready-Soja" des Agromultis Firma Monsanto angebaut. Weder der Staat Rumänien noch Monsanto waren in der Lage, den Gentechnik-Anbau zu beobachten und zu kontrollieren. Heute dürften bereits 90 Prozent der angebauten rumänischen Soja genmanipuliert sein. Quelle: Greenpeace 2005,

<http://mailman.greenpeace.org/mailman/listinfo/presse-ger>

Gentechnikfreie Regionen in D

Gentechnikfrei lohnt sich! Viele Verbraucher in Deutschland lehnen den Konsum von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Inhaltsstoffen ab. Doch wie kann garantiert werden, dass gentechnikfreie Anbaugelände dies auch dauerhaft bleiben? Einen Lösungsansatz bietet die vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung IÖW (Berlin/Heidelberg) durchgeführte „Sondierungsstudie gentechnikfreie Regionen in Deutschland“. In dieser werden Möglichkeiten zur Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Regionen vorgestellt.

Quelle: Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung IÖW, www.ioew.de. Studie als PDF zum Download (2,52 MB) i.A. Bundesamt für Naturschutz, akt. Version, ersch. 15.11.2005,

Wo wächst Gen-Mais in D?

Eine Übersichtskarte zu den geplanten Standorten von gentechnisch manipuliertem Mais in Deutschland veröffentlicht die Greenpeace-Website. Die meisten Anbauflächen liegen in Brandenburg. Der Gen-Mais produziert ein Gift, das auf Schädlinge wie den Maiszünsler tödlich wirkt. Das Bt-Gift kann jedoch auch geschützte Insekten schädigen und sich im Boden anreichern. Die Schweiz, Österreich, Ungarn, Griechenland und Polen haben den Anbau des Gen-Maises bereits verboten. www.greenpeace.de

Blick über den Zaun:

EU und Deutschland

Energie – Klimaschutz

EU-Energiepass 2006

Seit Januar 2003 gilt die EU-Gebäuderichtlinie, die Anfang 2006 in allen Mitgliedstaaten der EU in nationales Recht umgewandelt sein muss. Sie sieht einen Energiepass vor, der für alle Gebäude obligatorisch wird. Der Pass dokumentiert den Zustand von Gebäudehülle, Heizungsanlage, Lüftung, Warmwasserbereitung und die Art der eingesetzten Energieträger. Die Analyse dieser Werte mündet in der Einordnung in Energieeffizienzklassen, vergleichbar mit denen für elektrische Hausgeräte. Bei Immobilienverkäufen und Neuvermietungen muss er dem Käufer oder Mieter vorgelegt werden. Mit Hilfe des Energiepasses können Gebäude energetisch miteinander verglichen werden. Energieeffizienz wird Qualitätsmerkmal eines Gebäudes. Quellen: EU u.a.

Umweltinformationsgesetz

Der Landtag B-W. hat das so genannte Landesumweltinformationsgesetz (LUIG) verabschiedet. Durch dieses werden die Mitarbeiter der Verwaltungen des Landes und der Kommunen dazu verpflichtet, Bürgern zu Umweltfragen umfassend Auskunft zu geben. Die Regelung gilt außerdem für die Beschäftigten der Stadtwerke, Unternehmer des öffentlichen Personennahverkehrs und jene anderer Einrichtungen, die der Kontrolle der öffentlichen Hand unterliegen. Die Auskunftspflichten seien auf Fragen zu Lärm, Luftqualität, chemischen Stoffen, Abfällen, Gewässern, Landschaftsschutz oder aber zur Gentechnik bezogen. Zusätzlich sei in dem Gesetz festgeschrieben, dass die Fragen innerhalb eines Monats beantwortet werden müssten. Mit dem neuen „Gesetz über den Zugang zu Umweltinformationen“ setzten die Landtagsabgeordneten die **EU-Umweltinformationsrichtlinie** aus dem Jahr 2003 in Landesrecht um. Info: Umweltministerium, Stuttgart. 22.2.2006

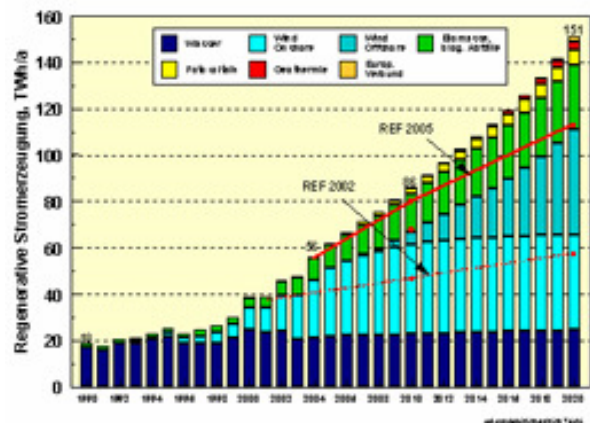
Deutschland kann EU-Vorgaben bei erneuerbaren Energien erfüllen 2020 gut 25% des Stromverbrauchs in D

Deutschland wird lt. Bericht der Bundesregierung das EU-Ziel für 2010 für den Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen, wenn die Massnahmen zum Ausbau fortgeführt werden. Die EU-Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen legt für die Mitgliedstaaten nationale Richtziele des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2010 fest. Für Deutschland mindestens 12,5 Prozent. Ziel der Bundesregierung ist, bis 2020 mindestens 20 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Bis 2050

soll rund die Hälfte des gesamten Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.

Wichtigstes Instrument zur Erreichung des Ziels ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Deutsche Windturbinen z.B. sind mittlerweile hocheffizient und erzeugen den Strom derzeit für rund 8 Eurocent pro Kilowattstunde. Das ist der niedrigste Tarif für Windstrom unter den G8-Staaten. In anderen Ländern, mit anderen Fördersystemen, reicht die Preisspanne für Windstrom bis über 15 Eurocent für die Kilowattstunde. Deshalb sind nicht nur deutsche Windturbinen sondern auch das EEG selbst zum Exportschlager geworden.

Lt. neuester Studie von DLR, Wuppertal-Institut und ZSW für das BMU können erneuerbare Energien 2020 zu vertretbarem Preis bereits zu 25 % zur Stromversorgung beitragen und 110 Mio.t/Jahr an CO₂-Emissionen einsparen, doppelt so viel wie heute. Mit positiven Auswirkungen für die Unabhängigkeit der Energieversorgung, für Umwelt- und Klimaschutz und nicht zuletzt als Innovationsträger der deutschen Wirtschaft, so Minister Gabriel. Die erneuerbaren Energien fangen damit den sinkenden Anteil der Atomenergie auf.



Stromerzeugung in D aus erneuerbaren Energien bis 2025
Abb. nach Studie DLR, ZSW, Wuppertal-Institut für BMU

Das Investitionsvolumen für Erneuerbare binnen der nächsten 15 Jahren werde bei 75 Mrd. Euro liegen. Laut Studie werden die monatlichen EEG-Kosten eines Durchschnittshaushalts von heute rund 1,50 Euro* auf lediglich 2,80 Euro* ansteigen und ab 2016 dauerhaft sinken. Das sei ein angesichts der grossen Herausforderung, den Klimawandel zu bekämpfen und unsere Energieversorgung zu sichern und umweltgerecht zu gestalten, sicher ein akzeptabler Betrag. Die Kosten für erneuerbare Energien würden sinken, weil die konventionelle Stromerzeugung anhaltend teurer wird, die Vergütungen nach dem EEG dagegen für jeweils neue Anlagen degressiv angelegt sind. Einzelne Sparten der erneuerbaren Energien, vor allem ein Teil der Windkraft und Biomasse, dürften Ende des nächsten Jahrzehnts bereits voll konkurrenzfähig sein. * Der Bundesverband Erneuerbare Energie nennt niedrigere Beträge wegen der aktuellen Energiepreisanstiege.

Versorgungssicherheit sei durch den Ausbau erneuerbarer Energien, durch mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung zu erreichen.

Voraussetzung für das Erreichen der 25%-Marke ist ein Beibehalten der Regelungen zum Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG) der Bundesrepublik. Denn das EEG hat sich als das bisher erfolgreichste Instrument zur Markteinführung von Technologien zur Nutzung Erneuerbare Energien erwiesen, so die Wissenschaftler des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Stuttgart, des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) sowie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie.

Erneuerbaren Energien 2005 in D

2005 hat sich die Nutzung erneuerbarer Energien erneut positiv weiterentwickelt. Nach Angaben der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat.) stieg der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch von rd. 4,0 % in 2004 auf rd. 4,6 % im vergangenen Jahr 2005. Der Anteil am Bruttostromverbrauch erhöhte sich von rd. 9,4 % im Vorjahr auf rd. 10,2 % in 2005, der Beitrag zur Kraftstoffversorgung von 1,9 % auf rd. 3,4 %. Im Wärmemarkt wurden rd. 5,4 % erreicht, gegenüber 5,2 % im Vorjahr. Der Anteil an der gesamten Endenergiebereitstellung (Strom, Wärme, Treibstoffe) stieg auf 6,4 % (2004: 5,7 %). Quelle: Pressemit. BMU 16.2.2006, www.bmu.de-. **Kommentar:** Die Endenergieanteile sind „richtiger“ als die für Primärenergie. Bei letzterer werden die 2/3 Verluste bei Fossil- und Atomkraft mitgezählt.

Der Bericht der Bundesregierung sowie eine Kurzfassung des Berichts und die Studie „Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor bis zum Jahr 2020“ koennen unter www.bmu.de und www.erneuerbare-energien.de abgerufen werden. Quelle: BMU, PM 15.11.2005 (Bericht an EU), 19.1.2006 (Studie 25%) Bundespressekonferenz 19.01.2006 Download der Studie auch bei http://www.dlr.de/Desktopdefault.aspx/tabid-344/1345_read-2618/, Dr.-Ing. Joachim Nitsch DLR, Inst. für Techn. Thermodynamik T.+49 711 6862-483 F. -783

Atomausstieg doch locker kompensiert Gedächtnisschwund bei Politik und Stromkonzernen?

Erneuerbare Energien: 2015 20% des Stroms

Einige Politiker tönen, künftig nicht ohne Atomstrom auskommen zu können. Aber: Der Ersatz von Atomkraftwerken durch Wind-, Solar- und Bioenergie ist nicht nur mengenseitig möglich, er bringt zudem bereits bis 2015 eine Entlastung des CO₂-Ausstoßes in D um rund 5,5 %: Ergebnis der Studie der Deutschen Energie-Agentur Dena von 2005 i.A. des Bundeswirtschaftsministeriums und von Eon, RWE und Vattenfall: Der BWE staunt: Weder die Ministerial-Beamten noch die Energiekonzerne wollen oder können sich an ihre eigene Studie erinnern. Ähnlich erstaunlich, so der BWE, einige SPD-Politiker, die in angeblich CO₂-freien Kohlekraftwerken die Zukunft von Stromversorgung und Klimaschutz sehen. Das Problem dabei ist zum einen die sichere Endlagerung von Milliarden Tonnen CO₂ und zum anderen die Verdopplung der Stromerzeugungskosten.. Das hatte

schon die Enquete-Kommission des Bundestags unter Vorsitz des CDU-MdB Kurt-Dieter Grill 2002 erkannt.

Hintergrund:

Tabellen zur künftigen Entwicklung der Stromversorgung: Anhang C der Dena-Netzstudie vom 24.2.2005 ab S. 169: <http://www.offshore-wind.de/media/article004593/dena-Netzstudie,%20Anhang%20Seite%2083%20-%20172,%20r.pdf>

Kosten der CO₂-Abspaltung bei der Kohleverstromung: Absätze 895 + 919 in Kap. 4.3.5 des Schlussberichts der Enquete-Kommission für nachhaltige Energieversorgung http://www.bundestag.de/parlament/kommissionen/archiv/14/ener/schlussbericht/04_07Kap_435.pdf

Quelle: PM 26.1.2006 Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) , Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, www.wind-energie.de, T. +49 (0) 30 284 82-121, F. -107, bwe-berlin@wind-energie.de>

Halbzeit Energiewende

Öko-Institut : Es bleibt viel zu tun !

Die große Tagung „Halbzeit: 25 Jahre Energiewende“ des Öko-Instituts, Freiburg/Darmstadt/Berlin am 26.10. 2005 in Berlin zog 25 Jahre nach der Publikation der ersten und 20 Jahre nach der zweiten Energiewende-Studie des Öko-Instituts Bilanz über das Erreichte und richtete den Blick nach vorne auf die nächsten 25 Jahre: Was muss für die Energiewende noch von wem getan werden?

Die bisherigen Studien zur Energiewende belegen, dass

- * nach wie vor die Energieeffizienz bei Bereitstellung und Nutzung von Energie vom Strom über Raumwärme bis zu Fahrzeugen bis zum Jahr 2030 die größte Energiequelle darstellt und bislang zu wenig genutzt wird, und
- * der „Einstieg“ in die erneuerbaren Energien in Deutschland vor allem im Stromsektor gelungen ist,
- * der Ausstieg aus der Atomenergienutzung konsequent fortgeführt werden muss, um den Umbau in Richtung nachhaltiger Energienutzung zu verstetigen.

In den nächsten Jahren stellen sich damit Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft und Politik. Die Umsetzung der Energiewende kann dabei wichtige Impulse für heimische Beschäftigung, Innovation und globalen Klimaschutz geben. **Zu tun sind im einzelnen:**

- * **Einsparziele** konkretisieren, Potenziale aktiv umsetzen
- * **Erneuerbare Energien:** den Umbau vorantreiben
- * **Atomenergie:** den Ausstieg geordnet vollziehen.

Ein verzögerter Ausstieg würde hohe Kosten durch notwendige Nachrüstungen in Alt-AKW erfordern und Investitionen in nachhaltigere Energieformen gefährden.

- * **Energiewende:** Umstieg auf nachhaltiges Wachstum

Der Dreischritt „Effizienz-Produktivität-Erneuerbare“ als Grundlage der Energiewende schafft Wachstum und Beschäftigung in Märkten, die sowohl in Europa wie auch global an Bedeutung gewinnen und damit nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft bei sinkendem fossilem Energiebedarf ermöglichen. Die Förderung innovativer Verfahren zur Energiebereitstellung und –nutzung stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit und sichert qualitativ hochwertige Beschäftigung. Auch sozial ist die Energie-

wende durch die mittelfristige Stabilisierung der privaten Ausgaben für Energie ein wichtiger Faktor.

* **Energiepolitik:** Verbraucher, Unternehmen und Forschung beteiligen

Die Energiewende bedarf nicht allein des Handelns von Regierungen, sondern auch aktives Mitgestalten durch Unternehmen und Zivilgesellschaft sowie der Wissenschaft als Partner. Daher ist die Beteiligung und Konzentrierung dieser Akteursgruppen wichtig.

* **Fazit zur Energiewende:** Die Basis ist gelegt. Die wissenschaftlichen Grundlagen zur Energiewende liegen sowohl national wie auch international vor. Nun legt das Institut zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, eine Sammlung relevanter Untersuchungen und aktueller Interviews zur Energiewende auf DVD vor.

Das Öko-Institut ist eine der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungseinrichtungen für eine nachhaltige Zukunft. Seit der Gründung im Jahr 1977 erarbeitet das Institut Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national und lokal umgesetzt werden kann.

Quelle: PM (Langfassung obigen Kurzberichts) 26.10.2005, ÖKO-INSTITUT E.V.

T. +49-(0)761-452 95-22, F.: -88, c.rathmann@oeko.de

Novelle des Baugesetzbuches

Der deutsche Bundestag hat eine Novelle des Baugesetzbuches in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Für die Solarenergie am wichtigsten ist der Passus, dass Kommunen zukünftig bei städtebaulichen Verträgen die Nutzung von Solaranlagen für die Wärme-, Kälte- und Elektrizitätsversorgung vorschreiben (§ 11 BauGB Absatz 1 Satz 2 Nr. 4) können. Zukünftig können Kommunen bereits bei der Festlegung von Bebauungsplänen Vorgaben über die Art der Energieversorgung machen.

Quelle: Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V.

Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit :1999 bis 2005

Das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, kurz APUG, stellt in einer neuen Broschüre seine von 1999 bis 2005 durchgeführten Aktivitäten und Projekte vor. Der Bericht „Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, Projekte – Aktivitäten – Ergebnisse“ ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, c/o GVP, Postfach 33 03 61, 53183 Bonn. Er ist zudem im Internet unter www.apug.de/apug/grundlegendendokumente/index.htm und www.uba.de/uba-info-daten/daten/gesundheit/index.htm als PDF-Dokument einsehbar und steht zum Download bereit.

Wichtigste Ziele des APUG sind: die Bevölkerung besser über Gesundheitsrisiken und Umwelteinflüsse zu informieren, das Risikomanagement sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt und Gesundheit auf nationaler und internationaler Ebene zu verbessern.

Noch bis 2006 läuft als Teil der „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ (www.kiggs.de) der so genannte „Kinder-Umwelt-Survey“ – dieser wird repräsentative Daten darüber liefern, wie stark unsere Kinder durch Umwelteinflüsse belastet sind. Die Broschüre „Kinder! Kinder! Was hat die Umwelt mit der Gesundheit zu tun?“ und eine Internetseite für Kinder – unter www.kinderwelt.org – halten weitere Informationen zu Umwelt und Gesundheit bereit.

In der APUG-Broschüre „Gesünder Wohnen – aber wie?“ gibt es für Verbraucherinnen und Verbraucher wertvolle Tipps, wie sich Belastungen durch Bauprodukte, Schimmel oder das radioaktive Gas Radon verringern lassen.

Die APUG-Broschüre „Umwelt und Gesundheit in Deutschland – Beispiele aus dem täglichen Leben“ beschreibt, was gegen andere umweltbedingte Gesundheitsrisiken wie Lärm, Strahlung und Feinstaub zu tun ist.

Unter www.apug.de finden Nutzerinnen und Nutzer viele weitere hilfreiche Informationen zum Thema Umwelt und Gesundheit. **Quelle:** Gemeinsame Presse-Information des Bundesamtes für Strahlenschutz, des Bundesinstituts für Risikobewertung, des Robert-Koch-Instituts und des Umweltbundesamtes, Dessau, den 02.02.2006

Umweltprüfsteine:

Multiple Choice für Wahlkandidaten

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV), Stuttgart, in dem 34 Vereine mit ca. 400.000 Mitgliedern organisiert sind, hat jüngst einen Großteil der zur Landtagswahl (26.3.06) angetretenen Kandidaten mit sogenannten "Umweltprüfsteinen" konfrontiert. Zu 10 Themengebieten von Nachhaltigkeit, Energie und Landschaftsverbrauch über Verkehr, Gewässer- und Tierschutz sowie biologischer Vielfalt bis hin zum Waldbau, Landwirtschaft und Umweltbildung wurde im "Multiple-Choice-Verfahren" abgefragt. Die bisherigen zahlreichen Antworten: www.lnv-bw.de. Kontakt: info@lnv-bw.de, 0711/24 89 55 -20, Fax -30

100 Tage Große Koalition in D Bewertung des BUND zur Umwelt

Positiv: Umweltminister Sigmar Gabriel, der beim Weltklimagipfel von Montreal das Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll voranbrachte und sich daheim klar gegen längere Laufzeiten für Atomkraftwerke wandte.

Gemischt: Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Interesse an Laufzeitverlängerungen für die deutschen Atomkraftwerke bekundete, zugleich aber auch die Gültigkeit des von Rot-Grün beschlossenen Atomausstiegs bekräftigt.

Negativ: Bei der Reform des EU-Chemikalienrechts habe Merkel sich massiv für eine Schwächung der Schutzstandards eingesetzt. Die EU-Richtlinie sei so verwässert worden, dass sie nicht mehr ausreichend vor gefährlichen Chemikalien schütze.

Negativ: Schwerer Schaden drohe der Landwirtschaft, falls die mehrfach bekundete Gentechnik-Gläubigkeit von Bundeskanzlerin Merkel und Agrarminister Seehofer zum Maßstab der Politik werde. So habe Seehofer bereits wenige Tage nach Amtsantritt neue Genmaissorten zugelassen. In Gefahr seien auch Öffentlichkeitsrechte, wenn mit dem Gentechnikgesetz Teil 2 ausgeschlossen werde, dass über illegal in Umlauf befindliche Gen-Organismen informiert wird. Wenn die Regierung hier die Weichen falsch stelle, gefährde sie nicht nur die Wahlfreiheit der Verbraucher sondern auch rund 150 000 Arbeitsplätze im Bioagrarsektor.

Negativ: Merkel und Seehofer hätten außerdem nichts getan, um die umweltverträgliche ländliche Entwicklung vor Kürzungen im EU-Etat zu bewahren. Auch zur geplanten Schwächung der Standards für das EU-Biosiegel schwieg Seehofer zunächst (akt. Ergänzung des BUND vom 3.3.2006: inzwischen kritisiere Seehofer die EU-Pläne sehr als EU-weit staatlich reglementierte Einheitsqualität im ökologischen Landbau, als unangemessenen Eingriff in die Eigentumsrechte der Beteiligten und als eine weitgehende Ausschaltung des Qualitätswettbewerbs **Eher negativ:** Keine umweltbezogenen Ideen kämen bisher von Finanzminister Peer Steinbrück und Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee. Die Große Koalition insgesamt zeigt sich den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Energie-, Finanz- oder Verkehrspolitik bisher nicht gewachsen.

Positiv: Die Bundesregierung will den Ländern bzw. der Bundesstiftung Umwelt geeignete Flächen einschließlich jener im "Grünen Band" an der früheren deutsch-deutschen Grenze als "nationales Naturerbe" übertragen.

Quelle: Die 100-Tage-Umweltbilanz des BUND zu Schwarz-Rot und ein Tagebuch der wichtigsten Ereignisse aus Umweltsicht finden Sie im Internet unter:
http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/100_tage_schwarz_rot.pdf
BUND, Berlin, PM 24.2.2006, T. 030-27586-425/-464, F.: -449, presse@bund.net, www.bund.net

Sachthemen:

„Ökoprofit“-Unternehmen:

Das Vorurteil scheint unausrottbar: Umweltschutz kostet viel Geld, Öko ist zu teuer. Die eigentliche Frage heißt jedoch: Wie teuer wird es, wenn wir die Umwelt nicht schützen? 37 Münchner Betriebe haben im letzten Jahr bewiesen: Umweltschutz senkt die Kosten, Öko spart Geld. Die 37 klugen Unternehmer haben sich am Projekt „Ökoprofit“ beteiligt. **Quelle:** Franz Alt in:
www.sonnenseite.com/index.php?pageID=16&article=oid=a4596

Kommentar: Neugierig? Auch Nichtunternehmer sind gefragt!

Elektrosmog und Strahlen

Bundesweites Netzwerk Mobilfunk

Das seit Herbst 2004 in Baden-Württemberg tätige Netzwerk wird auch auf Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland ausgedehnt. Die Ausweitung auf ganz Deutschland ist bis zum

Mai 2006 geplant. Für 2006 ist ein bundesweiter "Aktionstag Mobilfunk-Kritik" vorgesehen.
<http://www.mobilfunk-buergerforum.de>

Die Folgen von Tschernobyl 1986

Umfassende Informationen finden Sie bei den Internationalen Ärzten www.ippnw.de unter Tschernobyl-Folgen, auch die Kritik an der extremen Verharmlosung durch IAE0 und die hierbei an die IAE0 gefesselte WHO. Auch in D gab es gesundheitliche Schäden! 6.-9.4.2006 große IPPNW-Konferenz in Bonn zu Atomenergie

Öko-Technik (6)

EcoTopTen-Kampagne (5)

Öko-Institut: Effizient Kochen/Backen

Kochen und Backen mit Gas ist nicht nur kostengünstiger, sondern auch umweltfreundlicher als mit Strom. Bei der direkten Nutzung von Gas zur Wärmeerzeugung sind die Energieverluste nur etwa halb so hoch wie bei der Nutzung von Strom. Eine Übersicht über besonders effiziente Elektroherde bietet die neue Marktübersicht online unter www.ecotopten.de/prod_kochen_prod.php. Die Energieeffizienz-Klassifizierung hierbei gibt es bislang allerdings nur für Backöfen. Empfehlenswert: nur Energieeffizienzklasse A. Im genormten Backgang verbrauchen sie bei Umluftbetrieb maximal 0,79 Kilowattstunden Strom. Bei Kochfeldern ist Glaskeramik energiesparender als gusseiserne Kochplatten. 6Standherde, 6 Einbauperde mit integriertem Kochfeld, 16 Einbauperde ohne Kochfeld sowie 26 Einbaubacköfen erfüllen die EcoTopTen-Kriterien und sind energieeffiziente Spitzenprodukte.

Gerade beim Kochen und Backen kommt es nicht nur auf die Wahl des Gerätes an, sondern auch auf die Nutzung. Denn wer clever kocht, kann den Energieverbrauch und damit seine Strom- oder Gasrechnung noch einmal deutlich senken. Tipps dazu auch bei EcoTopTen.

EcoTopTen ist eine groß angelegte Initiative für nachhaltigen Konsum und Produktinnovationen im Massenmarkt, die das Öko-Institut initiiert hat.. Sie finden sie im Internet auf www.ecotopten.de unter der Rubrik „Produkttempfehlungen“. Bis Ende 2006 folgen zehn weitere Marktübersichten, die nächste zu Flachbildschirmen. Das EcoTopTen-Forschungsprojekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, die EcoTopTen-Kampagne vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der Stiftung Zukunftserbe. **Quelle:** Öko-Institut e.V., D-Freiburg, www.oeko.de, PM 22.2.2006, Dr. Ulrike Eberle u.eberle@oeko.de, Kathrin Graulich, k.graulich@oeko.de

Passivhäuser aktuell

Netzwerk IG Passivhaus

180 Mitgliedsbetriebe aus ganz Österreich mit rund 14.000 Arbeitsplätzen umfasst das 2001 gegründete österreichische Netzwerk IG Passivhaus. Passivhaus soll

Baustandard werden. Dieses Netzwerk wurde von Deutschland und der Schweiz übernommen und ist in weiteren europäischen Ländern in der Entstehung. Informationsverbreitung und Weiterbildung als auch Qualitätssicherung von Passivhäusern stehen im Vordergrund..

Das Haus der Zukunft ist ein Passivhaus. Angesichts ständig steigender Energiepreise und immer unsicherer Versorgungsgarantien mit fossilen Energieträgern ist das Interesse am Energie sparenden Bauen besonders groß. Die Energieeffizienz kommt dabei an erster Stelle! Mit einem Heizwärmebedarf von maximal 15 kWh/m²a verbraucht das Passivhaus nur ein Fünftel gegenüber den meisten Neubauten.

Österreich Weltmeister bei Passivhäusern

In Österreich wird das 1.000ste Passivhaus fertig gestellt. Passivhäuser gibt es als Ein- und Mehrfamilienhäuser, Büro- und Gewerbegebäude, Kindergärten, Schulen und sogar bereits als Kirche. Die Bewohner genießen den sehr hohen Wohnkomfort in Passivhäusern und brauchen sich bei Energiekosten von lediglich 1.- Euro / m² und Jahr keine Sorgen über Energiepreissteigerungen mehr machen. 95 % Energieeinsparung und hohe Behaglichkeit sind auch in alten Nachkriegsbauten möglich. Das zeigen die Sanierungsbeispiele eines Einfamilienhauses, eines Sozialwohnbaus und der ersten Schulsanierung zum Passivhaus. www.passivehouse.at, www.igpassivhaus.at

NEU: Wärmedämm-Ziegel für Passivhäuser

Der neue Poroton-Ziegel mit Perlitfüllung ist für den Bau von Passivhäusern vorgesehen. Mit massivem Wandmaß von 42,5 cm sowie optimierter Kammerausbildung und -anordnung erreicht man mit dem Poroton-T 8 hoch wärmedämmende, einschalige massive Außenwände mit dem beachtlichen U-Wert von 0,18 W/(m²K). Sein Wärmedämmwert von 0,08 W/(mK) wird von keinem anderen massiven Wandbaustoff übertroffen. http://medien.enev-online.de/infos_2006/060131_wzi_planziegel.htm

Wir gratulieren (8):

Ortenau-Ehrengabe an Daniel Hoeffel

Daniel Hoeffel, langjähriger Sénateur du Bas-Rhin und Staatssekretär, Staatsminister und Minister mehrerer französischer Regierungen, erhielt kürzlich die Ehrengabe des Ortenaukreises für außerordentliche Verdienste um das Verhältnis Elsass-Baden und um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein. Als Präsident des Conseil Général du Bas-Rhin ab 1979 trug er Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre schon vor den EU-Interreg-Programmen zum Aufbau grenzüberschreitender Strukturen am Oberrhein bei. Auch als Präsident der Bürgermeisterversammlung des Bas-Rhin hat sich Hoeffel in den 60er Jahren intensiv für Gemeindeparterschaften eingesetzt. Er gilt als einer der Väter des Karlsruher Übereinkommens von 1996. Nach Badische Zeitung 26.1.2006

»Solar Heating and Cooling Award« 2006 an Dr. Volker Wittwer, ISE

Mit dem »Solar Heating & Cooling Award« – kurz »SHC SOLAR AWARD« – ehrt die Internationale Energieagentur IEA Priv.-Doz. Dr. Volker Wittwer, den stellvertretenden Leiter des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE, Freiburg i.Br., für sein langjähriges Engagement für die Solarthermie. Der Preis wurde am 1. März 2006 im Rahmen der World Sustainable Energy Days in Wels, Österreich überreicht. Das Preiskomitee würdigte Volker Wittwer als Pionier auf dem Gebiet der Solarkollektor-Entwicklung ebenso wie für seinen Beitrag zur Gebäudetechnologie für Niedrigenergiehäuser. Hinzu kommt sein langjähriges Engagement für das Solar Heating and Cooling Programme seit den 80er Jahren, zunächst als Experte, dann als engagierter Unterstützer der deutschen Beteiligung an diesen Projekten. Er und seine Mitarbeiter haben dazu beigetragen, dass das ISE zu einem führenden europäischen Solarinstitut wurde.

Presseinfo 2.3.2006 Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE, Heidenhofstraße 2, 79110 Freiburg, T.: +49 (0) 7 61/45 88-51 50, F. +93 42 info@ise.fraunhofer.de www.ise.fraunhofer.de

Dr. Rechsteiner auf der WCRE 2005

Wegen des großen Interesses am Referat von Herrn Rudolf Rechsteiner, Schweizer Nationalrat, Basel-Stadt, bei der Weltversammlung für Erneuerbare Energien, Bonn, Nov. 2005, verweisen wir auf <http://www.rechsteiner-basel.ch/pub/41/wcre%20graphs%20and%20speech.pdf>.

Weitere Info WCRE 2005: <http://www.wrea2005.org/de>.
Quelle: PM 27.11.2005, World Council for Renewable Energy (WCRE), c/o EUROSOLAR e.V., Kaiser-Friedrich-Strasse 11, D-53113 Bonn., T +49-228-362373, Fax -361213, info@wcre.org, www.wcre.org

Oberrhein-Literatur (8)

siehe oben bei Förderprogramme Interreg
siehe oben bei Trinational: 10 Dreiländerkongress

Termine Oberrhein DFCH (9) (rheinüberschreitend orientierte Auswahl)

Trinationale Konferenz zur Geothermie – Herausforderungen und Potentiale am Oberrhein
3.5.2006 im Europa Park . Siehe oben bei Geothermie

Bis 14. Mai 2006 Sonderausstellung „Energie aus der Tiefe“ Ort: Basel, Naturhistorisches Museum Tel: +41 (0) 61-266 55 00 www.nmb.bs.ch

3.+4. Juni 2006 Illkirch-Graffenstaden
3^{ème} Salon Solaire: l'énergie solaire et l'efficacité énergétique. Ausstellung und Informationen. Kontakt. Ville d'Illkirch-Graffenstaden, Sandrine Mastin 0033(0)3-88-653118

9.-21.6.2006 Sun21 9. Internat. Energieforum sun21

Basel und Basel-Land. Information, Diskussionen, sun21-Solarbühne und weitere Events für die Öffentlichkeit. Fachprogramm für ExpertInnen.. U.a. mit Faktor-4-Festival und 2. Schweizer Biomassegipfel, Filme, Kunst und Energie, Rallye21. www.sun21.ch, info@sun21.ch

22.-24.6. 2006 Intersolar 2006, Freiburg i.Br.

Intersolar 2006 führt Solarexperten aus aller Welt nach Freiburg/Neue Messe, Zentrum der weltweiten Solarindustrie. Themen: Photovoltaik, Solarthermie und Solares Bauen, getragen von den wichtigsten Industrieverbänden. Zahlreichen Konferenzen für unterschiedliche Zielgruppen. Erwartet werden 20.000 Fachbesucher aus mehr als 60 Ländern. www.intersolar.de

27.8.-6.9.2006 Mittelwahr, Alsace :

2. EUCOR-SOMMERUNIVERSITÄT 2006

Trinationale Modellregion Oberrhein:

Energie und Umwelt :Fragen an ein tragfähiges System Insbesondere für Studierende im Haupt-/Master- oder Promotionsstudium. Einige Plätze für Nichtstudierende

Veranstalter EUCOR und 7 Mitgliedsuniversitäten

Interdisziplinäre Kurse, Projektarbeiten, Ateliers, Fallstudien mit Exkursionen, **Weitere Information:**

www.eucor-uni.org, secretariat.eucor@urs.u-strasbg.fr

Termine Oberrhein D (Auswahl)

25/26.4.2006 Wyhl am Rhein – Freiburg i.Br.:

Kreuzweg gegen Atomenergie anl. 20 Jahre Tschernobyl. 26.4. Anschl. 18:30 Uhr Gottesdienst in Universitätskirche. www.badisch-elsaessische.net

26.4.2006 20 Uhr Freiburg, Münster. Benefizkonzert der IPPNW Ärzte-Vereinigung, anl. 20 Jahre Tschernobyl-Atomreaktorkatastrophe

29.4.2006 11 Uhr Freiburg i.Br., Rathausplatz

große Kundgebung gegen Atomenergie, gegen Atomkraftwerk Fessenheim, anl. 20 Jahre Atomreaktorkatastrophe von Tschernobyl. Südbadische BIs gegen Atomkraft, Kontakt: www.badisch-elsaessische.net, www.bund-freiburg.de

Neuer Termin 21.-23. 7. 2006:

4. Schwarzwald-Ökomesse in Villingen-Schwenningen Messegelände. Schwerpunkt Bauökologie, Verkaufsausstellung für Endverbraucher. Mit Vortrags-, Beratungs- und Erlebnisprogramm. www.oeko-messen.de

Termine: Umweltbibliothek Freiburg mit Infopunkt Klimaschutz + Umwelt

Was? Praktische, i.a. kostenlose Infobroschüren von: u.a. Umweltbundesamt, Landesgewerbeamt, Bundesmin. für Umwelt, Deutsche Energieagentur, EU, Fördertipps u.a.; **Themen:** Energie-/ Stromsparen, erneuerbare Energien, gesund Wohnen, Förderung, lokale Agenda21, Elektrosmog, Dreiländereck D-F-CH und Umwelt, EU und Umwelt. **Präsenzbibliothek:** 3000 Bücher Broschüren, ca.50 Zeitschriftentitel, neue Medien.

www.umweltbibliothek-freiburg.de, [ecotrinova\(at\)web.de](mailto:ecotrinova(at)web.de)

Wann/Wo? Infopunkt Klimaschutz+Umwelt

i.a. Di. 16.30-17.30 + n.V., i.a. nicht in Schulferien, im Treffpunkt Freiburg, Wilhelmstr. 20, T. 0761-7678515, 5 min ab HBF. **Bibliothek, Goethestr. 2.,** Souterrain des Ev. Dekanats/Jugendwerks. Termin nach Vereinbarung; **Träger: ECOtrinova e.V.,** Infopunkt gef von Agenda 21 -Büro Stadt Freiburg, Bibliothek gef. von ECO-Stiftung. *****

Diese Ausgabe: 1-2006, ECOtrinova-Nachr. 06-1-060308

Redaktionschluß war 28.2.2006

Nächste Ausgabe 2006-2, Juni 2006, Red.schluß 15.5.

Bitte senden Sie für uns freibleibend Ihre Termine und Informationen an [ecotrinova\(at\)web.de](mailto:ecotrinova(at)web.de)

Impressum ECOtrinova-Nachrichten

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Herausgeber/Redaktion:

ECOtrinova e.V., c/o Redaktion ECOtrinova-Nachrichten, Dr. Georg Löser, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen. ecotrinova@web.de

Chefredakteur, Idee und Konzeption: Dr. Georg Löser (verantw.) Adresse wie Herausgeber/Redaktion

Urheberrecht: © ECOtrinova e.V.

Alle Rechte vorbehalten. Schutzrechte Dritter, auch wenn nicht gesondert angegeben, sind zu beachten. Kurze Zitate im üblichen Rahmen sind genehmigungsfrei, Beleg erbeten.

Haftung: Alle Angaben erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr. Für unverlangt eingesandte Beiträge aller Art wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Inhalte, die über Links erreicht werden können, machen wir uns nicht zu eigen.

PS: Niemand ist perfekt: Darum: Sie sind eingeladen, der Redaktion Ihre Hinweise mitzuteilen Adresse: s. Impressum

ECOtrinova e.V.



ECOtrinova e.V., Vereinsregister Freiburg i.Br. Nr. 2551, als gemeinnützig im Bereich Umweltschutz, Verbraucherschutz und Völkerverständigung anerkannt.

Unsere Bankverbindung für Zuwendungen: Sparkasse Freiburg-Nördl. Breisgau, Kt. 2079754, BLZ 68050101

ECOtrinova ist ein regionaler gemeinnütziger Zusammenschluß von Instituten der Umweltforschung, -beratung, -erziehung, BürgerInnen, umweltorientierten Vereinen, Initiativen, Büros und Unternehmen sowie weiteren Interessierten aus der Region der drei Länder am südlichen Oberrhein. Die Arbeit des Vereins, früher Arbeitsgemeinschaft Freiburger Umweltinstitute (FAUST), kommt der Öffentlichkeit zugute.

Laufende Projekte: www.umweltbibliothek-freiburg.de, www.ecodistrikt.de u.a.. Darstellung von Mitgliedern siehe ECOtrinova-Nachrichten und Internet

Vorstand: Dr. Georg Löser (Vorsitz.), Dorothea Schulz (Stv. und Schatzmeisterin), Bruno Natsch (Stv.), Klaus-Dieter Käser, Hans-Jörg Schwander

Kontakt: Dr. Georg Löser, Vorsitzender, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen. ecotrinova@web.de, www.ecotrinova.de

Mitglied oder Förderer werden bei ECOtrinoa e.V.

Die Jahresbeiträge für **Mitglieder**:

- 36 € persönliche Mitglieder
- 60 € Inst./Büros bis 5 Mitarb., Vereine bis 100 Mitgl.
- 120 € Inst./Büros -15 Mitarb., Vereine bis 1000 Mitgl.
- 240 € Institute/Büros/Vereine u.a.

“Sozialtarif” möglich auf besonderen Antrag

Fördermitglieder (ohne Vereins-Stimmrechte)

- 36 € mindestens für persönliche Fördermitglieder
- 60 € mind. oder höher n.V. für andere Fördermitglieder

Für Mitglieder und Fördermitglieder ist der Bezug der ECOtrinoa-Nachrichten im Beitrag enthalten.

Formular bitte einsenden an ECOtrinoa e.V.,

c/o Dr. Georg Löser, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen.

Ich beantrage Mitgliedschaft bei ECOtrinoa e.V.

Institution/Verein:.....

Name :.....

Vorname:.....Titel:.....

Straße/Nr. :.....

PLZ/Ort :.....

Tel:.....Fax:.....

E-Mail :.....

Ort:.....Datum:.....

Unterschrift.....

Ich möchte anstatt Mitgliedschaft ECOtrinoa e.V. fördern als Fördermitglied

durch jährliche Spende

durch einmalige Spende

vonEuro (Personen mindest. 36 €/J, Institutionen u.a. mindestens 60 €/J) :

Institution/Verein:.....

Name :.....

Vorname:.....Titel:.....

Straße/Nr. :.....

PLZ/Ort :.....

Tel:.....Fax:.....

E-Mail :.....

Unterschrift:.....

und bezahle

durch Überweisung auf Rechnung

durch Dauerauftrag

durch Erteilen der Abbuchungsermächtigung dazu bis auf Widerruf:

Geldinstitut :.....

Kto.Nr.:.....BLZ:.....

Ort:.....Datum:.....

Unterschrift/Kontoinhaber/in.....

Abonnement / Bezug der ECOtrinoa-Nachrichten

Einzelbezug mit Namens- und Adressangabe

per Post: 8 € incl. Versand, **per E-Mail:** 5 €

Tischverkauf: 5 €, **Probe-Ex.** kostenlos per E-Mail

Unser Tipp: Geschenkabo; und anstelle Ihrer Firma oder Ihrer Institution können Sie auch persönlich abonnieren!

Bitte Probeex. per E-mail:

kostenlos an: Name:.....

Adresse:.....

E-Mail:.....

pdf-Datei i.a.<1 MB doc-Datei i.a. > 1 MB

Abo-Bestellschein:

An ECOtrinoa e.V. - ECOtrinoa-Nachrichten - Dr. Georg Löser, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen, Fax 0049-(0)761-5950262, ecotrinova@web.de

Abonnement nur kalenderjahresweise. Kündigung ist jederzeit möglich. Unverbrauchte Teilbeträge werden nicht zurückerstattet. Der Bezugszeitraum verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn ich nicht bis 14 Tage vor Ende des laufenden Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt habe.

Ich bestelle die ECOtrinoa-Nachrichten als (die angegebenen Preise gelten für das Jahresabo 2006 mit 4 Ausgaben)

- bitte ankreuzen/ ausfüllen -

Privatperson: E-Mail: **10 €**

Privatperson: Post: **20 €**

Institution/Verein/Firma: E-Mail **20 €**

Institution/Verein/Firma: Post: **30 €**

Sammelabo/Biblioth. u.a.: Einzelvereinbarung

10% Rabatt als (Förder-)Mitglied des Fördervereins Zukunftsenergien SolarRegio Kaiserstuhl eV

Institution/Verein/Firma:.....

.....

Name:.....Vorname:.....

Straße/Nr.:.....

PLZ/Ort:.....

Tel:.....Fax:.....

E-Mail :.....

ich erteile dazu bis auf Widerruf die

Abbuchungsermächtigung für mein Konto:

Geldinstitut :.....

Kto.Nr.:.....BLZ:.....

ich bestelle gegen Fax-Rechnung

an meine obige Fax-Anschrift

ich bestelle gegen postalische Rechnung

...an meine obige Postanschrift (Aufpreis 2 €)

Ort:.....Datum:.....

Unterschrift/Kontoinhaber/in.....